

Erscheint täglich außer Montags, Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,00 Mk., wochentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit 11. u. 12. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Woch.-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quart u. Unter Kreuzband Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. 50 Pf. Monat. Einzeln. in d. Post-Behaltung-Preisliste für 1892 unter Nr. 6652.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitungs- oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Carl L. Nr. 4186.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 1. März 1892.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. März eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Der Bezugspreis des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt mit der „Neuen Welt“ als Gratisbeilage beträgt 1 Mark 10 Pfennige monatlich frei ins Haus, wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von 1,10 M. für den Monat März entgegen.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Zur Landfrage in England.

London, den 25. Februar 1892.

Die Landfrage, in allen Ländern, wo die kapitalistische Großindustrie herrscht, ein ewig diskutiertes und ewig ungelöstes Problem, hat sich nirgends so zugespitzt, wie in England, wo der Kapitalismus zuerst und mit, man möchte fast sagen naive urwüchsiger Rohheit Stadt und Land sich unterwarf. Trotz aller neuerdings gegen die Entvölkerung des platten Landes angewandten Heilmittelchen dauert der Zug der Landbevölkerung in die Städte und Industriebezirke unaufgekehrt fort. Man hat Befehle geschaffen, um die Landarbeiter durch sogen. „Allotments“-Landzuweisungen — an die Scholle zu fesseln und die Schaffung kleiner Bauernhöfe — „small holdings“ — zu erleichtern, und wirklich ist von 1873 bis 1890 die Zahl solcher Allotments etwa um 200 000 gewachsen — von rund 244 000 auf rund 448 000 — was das aber für die Gesamtbewegung bedeutet, zeigen die Zahlen des neuesten Bevölkerungsens. Diese weisen für so ziemlich denselben Zeitraum — von 1871 bis 1891 — ein Steigen der städtischen Bevölkerung von 64,8 auf 71,7 und ein Sinken der Landbevölkerung von 35,2 auf 28,3 pEt. der Gesamtbevölkerung auf. Wobei obendrein zu bemerken ist, daß der Jenseit von 1871, infolge nicht genügender Unterscheidungen bei der Aufnahme, die damalige städtische Bevölkerung für stärker angiebt, als sie in Wirklichkeit war.

Noch weniger als mit den „Allotments“ hat es mit den „small holdings“ gehen wollen. Im Jahre 1875 zählte Großbritannien (England, Schottland und Wales) 889 941 ländlicher Anwesen von unter 50 Acres Land, im Jahre 1889 war die Zahl derselben trotz aller Mühen und Agitationen auch noch nicht ganze 20 000 mehr — nämlich 409 422 angewachsen. Bei einem Gesamt-Bevölkerungszuwachs im selben Zeitraum von etwa fünf Millionen eine gar klägliche Ziffer.

Kurz die Anziehungskraft der Reize des Landlebens will sich absolut nicht bewähren. Selbst auf dem niedrigen Satz, auf dem sie nachgerade angelegt ist, hält sich die Landbevölkerung nur noch mit knapper Mühe stationär — die natürliche Vermehrung der Neugeburtten wird durch den Strom der Auswanderer in die Städte und jenseits des Meeres vollständig aufgehoben. Daß dies ein gesunder Zustand sei, wird Niemand behaupten wollen. Die Arbeiter in den Städten, insbesondere die ohnehin stark genug ausgebeuteten „unqualifizierten“ Arbeiter werden durch die Konkurrenz der Zuzüger vom Lande erheblich in ihrem Kampf um die Arbeitsbedingungen geschädigt, große Teile des Landes liegen brach oder werden ungenügend ausgenutzt, weil die volle Ausnutzung sich nicht bezahlt. Wie aber dem abhelfen? Die goldene Zeit, von der die berufsmäßigen Schönfärber der liberalen Dekonomie reden, wo der europäische Getreidebau wieder renitieren werde, weil die überseits Konkurrenz durch Erschöpfung des jungfräulichen Bodens von Amerika, Australien u. lahmgelegt sein wird, will noch immer nicht kommen. Noch giebt es immer wieder neue Territorien, die in die Konkurrenz eintreten. Die unübersehbaren Prairien Südamerikas hatten noch zu neun Zehnteln des Dampfpluges, und selbst wenn sie einst erschöpft sein werden, sind noch weite Gebiete auf der Erde vorhanden, ihre Nachfolge anzutreten. Wer hat Lust abzuwarten, bis diese Entwicklung einmal ihr Ende gefunden?

Die Tories, als die berufsmäßigen Vertreter des Großgrundbesitzes, machen sich in dieser Hinsicht keine Illusionen. Eine Wiederbevölkerung des Landes wäre ihnen schon ganz recht, aber es müßte dann auch mit Bauern und Landarbeitern alten Schlages sein. Landarbeiter mit modernen Lebensansprüchen nähren ihnen blutwenig, wenn sie ihnen nicht umgekehrt recht un bequem werden möchten. Sie wissen, daß es unmöglich ist, ostelbische Zustände nach England zu importieren, wie sie gleichfalls längst sich von der Unmöglichkeit überzeugt haben, England mit landwirtschaftlichen Böden zu beglücken. So lassen sie im Ganzen den Dingen ihren Gang und strecken sich, so gut es geht, nach der Decke. Bei Anwendung modernster Hilfsmittel der Landwirtschaft, wie sie eben nur der kapitalistische Grundbesitz anwenden kann, liefert auch heute noch der Körnerbau in England größeren Ertrag pro Acker als der irgend eines anderen Landes, und wo er nicht rentiert, muß die Weidewirtschaft erhalten oder werden Jagdgründe für Exportdämmlinge geschaffen, die irgendwo in der Welt ihr Glück gemacht. Im Ganzen ist

der Tory auch in dieser Frage Mandestermann par excellence. Wir wären glücklich, meinte neulich Lord Salisbury in einer Rede, könnten wir Englands ehemaligen Bauernstand wieder herstellen, aber gegen die Befehle der Dekonomie nützt Alles nichts.

Indes die Konkurrenz der Liberalen hat die konservative Regierung doch gezwungen, ein neues Gesetz zur Schaffung oder vielmehr Vermehrung der ländlichen Anwesen in Parlamente einzubringen. Seit Jahren haben sich die Liberalen darauf verlegt, unter den Kleinpächtern und Landarbeitern zu agitieren und ihnen mit der Aussicht auf weitere Erleichterungen behufs Erwerbung von Grundbesitz den Mund lüftern zu machen. Sie haben es auch erreicht, daß diese Klassen bei den Wahlen fast überall für sie stimmen. Sie wissen ihnen nicht genug von dem Segen zu erzählen, der aus der Schaffung kleiner Bauernstellen für sie und das Land resultieren werde, wenn die Sache nur nach ihrem — der Liberalen — Rezept gemacht wird. Ihr Ideal ist Frankreich und ihre Autorität u. A. der Fürst Krapotkin, der in seinem Anarchismus wenigstens konsequent ist und in englischen Zeitschriften, wie das „Nineteenth Century“ die verlockendsten Gemälde von der Wohlthätigkeit des intensivsten Kleinbetriebes in der Landwirtschaft entwirft. Prinzipielle Bedenken gegen Staatshilfe in solchen Dingen haben sie dagegen längst nicht mehr. Und da, wie gesagt, ihre Versprechungen bei den vorhandenen Rest von Landarbeitern, Kleinbauern u. Anhang gefunden haben, so haben die Konservativen ihnen folgen müssen, sie mochten wollen oder nicht.

Der neue Regierungsentwurf stellt den englischen Grafschaftsräthen im Ganzen jährlich gegen zehn Millionen Pfund Sterling zur Verfügung, die dieselben zum Ankauf von Grundstücken verwenden dürfen, die in Anwesen von nicht über 20 Acres und nicht unter 1 Acre an selbstwirtschaftende Personen weiter auszubieten sind. Von dem Kaufpreis für die Letzteren soll der vierte Teil sofort erlegt werden müssen. Ein zweites Viertel soll als von Seiten der darlehensbehörde unkündbare Hypothek stehen bleiben und der Rest innerhalb fünfzig Jahren entweder in jährlich abnehmenden Ratenzahlungen oder durch Annuitäten (gleichbleibende Zahlungen) amortisiert werden. Der Zins für diese Kredite soll 3 1/2 pEt. nicht übersteigen. Arbeitern, die auch das eine Viertel nicht sofort bezahlen können, sollen die Lokalbehörden kleinere Anwesen von nicht über 10 Acres verpachten dürfen. Einige weitere Vorschriften können hier übergangen werden. Wichtig ist nur noch, daß der Ankauf des betreffenden Landes auf Freiwilligkeit zu beruhen hat, d. h. von dem guten Willen der Herren Grundbesitzer abhängen soll. Das habe gar nichts auf sich, meinte der Herr Ackerbau-Minister Chaplin, als er am Montag das Gesetz im Parlament begründete. Land sei gegenwärtig billiger und mehr als je zu haben, so daß man auf Seiten der jetzigen Eigentümer auf keine Schwierigkeiten stoßen werde.

Dies war der Punkt, wo die liberale Opposition einsetzte. Die Liberalen wollen, damit die Sache nicht in ein

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

51

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 8 Büchern von A. Otto Walster.

„Meine Ahnung“, rief Frank, „bewahrheitet sich. Aber wollen Sie nicht zur Erweiterung der Gesellschaft Ihr Hornquartett aufspielen lassen?“

„Allerdings will ich das, nachdem ich ihm den nötigen Erquickungstoff in Form von einigen Krügen Bier gespendet; die festeren Stoffe können sie später zu sich nehmen.“

„Müchtige Schüsseln voll Salat und solche voll gefotterer Preiselbeeren nahmen jetzt die Stelle der Suppenschüsseln ein, und frischgelockter, in solide Scheiben zerschnittener Schinken wurde herumgereicht. Dazu erschienen ganze Batterien von Weinschalen auf den Tischen, und ein Mahl, welches der Reiche jeden Tag gedankenlos, ja meistens freudenlos genießt, als etwas ganz Gewöhnliches, ja Selbstverständliches, wurde hier als ein außerordentliches Festtagsmahl betrachtet und freudig aufgenommen. Etwas, freilich, hatten diese Leute, was auch der Reiche nicht schöner sich zaubern kann, den frischen Waldesduft, den kühlen Schatten der dichtbewaldeten Höhen, und hoch über ihren Häuptern das heitere Blau des Himmelszeltens. Was vielleicht dem Mahle an seinen Gewürzen fehlte, ergänzte zehnfach der unwiderwärtige Gaumen, und was den Gesprächen vielleicht an Geist abging, das wurde reichlich ersetzt durch anhaltende Munterkeit der guten Laune.“

„Nun sehe Einer einmal an“, schnarrte plötzlich eine scharfe Stimme. „Da reden die Leute immer von karglichem Lohne, vom Hungertode, und hier sitzen die Arbeiter bei einem Mahle, welches Anserins kaum selber an sich zu wenden sich getraut. Na, mir soll wieder Einer kommen, dem will ich die Wege weisen.“

„Guten Tag, Herr Musselich“, rief da von einem der nächststehenden Tische her der Buchbinder aus der Barth'schen Druckerei, „haben Sie sich auch herausgemacht, um unser ländliches Fest zu sehen? Sie werden schwer einen Platz bekommen, sollen wir etwas zusammenrücken?“

„Ich danke, danke bestens, wir gedenken uns hier gar nicht aufzuhalten.“

„Nun, wie Sie wollen, Herr Musselich“, bemerkte Jener verdrießlich.

„Es sind die Leute aus der Barth'schen Druckerei, mir sehr fatal, gerade heute hierher gekommen zu sein“, sprach Musselich ärgerlich zu den Seinigen. „Wir wollen im Hause ein Plätzchen suchen und, wenn wir uns erholt haben, wo anders hingehen.“

„Von hier weggehen? ins Haus gehen? daraus wird nichts“, Papa; hier muß auch Elise sein, und ich freue mich von ganzem Herzen darauf, sie zu sehen“, rief Janny. „Döre mal, Janny, ich habe Dich im Verdachte, daß Du gerührt hast, wer heute hier sein wird, und daß Du uns mit Absicht in diese Gesellschaft gefährt.“

„Das hast Du richtig errathen, Bäterchen, und... doch da ist ja Elise und ihr Bruder, und Herr Frank; ach, welche Freude!“ rief das Mädchen und eilte ohne die befehlenden Mufe des Vaters zu beachten, auf den Tisch zu, an dem sie die Genannten erblickt hatte, war im nächsten Augenblicke Elisen um den Hals gefallen, nahm den von

Frank ihr dargebotenen Stuhl mit leichtem Crediten an und vertiefte sich alsbald in ein lebhaftes Gespräch mit der Freundin.

„Schöne Geschichten das“, murmelte Musselich ingrimmig; „da sitzt sie nun und ist unter ein paar Stunden nicht wieder wegzubringen; Du hast mir das Mädel gründlich verzogen, Mutter.“

„Ich habe sie so erzogen, wie ich es für passend hielt“, erwiderte Frau Musselich, eine ziemlich stattliche Dame mit sehr ruhigem Gesichtsausdruck; „es müssen nicht alle Leute so geartet sein, wie Du, Musselich. Sie ist ein gutes und sehr angenehmes Kind, nur etwas eigenwillig, und das ist Deine Schuld, denn Du hast ihr immer die Brücke getreten, wenn ich ihren Wünschen entgegen war.“

„Seien Sie bestens gegrüßt, Herr Musselich“, rief jetzt Frank, zu den Eheleuten hinstehend, „und nehmen Sie sichtlich mit unserer Gesellschaft. Der Zufall spielt heute eine große Rolle, aber ein verständiger Mensch nimmt die Gesellschaft, wie er sie findet.“

„Wir gedenken uns hier nicht aufzuhalten“, bemerkte Musselich fei.

„Nicht? ei, das wäre Unrecht, das wäre ja beinahe eine Beleidigung für uns. Sie werden uns doch nicht einreden wollen, daß Sie andere Ziele hier verfolgt haben, als das eine, die schöne Natur in dieser Umgegend zu genießen? Wer einmal bis hierher gekommen, der ist gekommen, um hier zu bleiben. Und Ihrer Tochter werden Sie doch das Vergnügen nicht stören wollen?“

„Ich muß Ihnen sagen, Herr Frank, daß ich meine Tochter nicht gern in dieser Gesellschaft sehe.“

reines Geschenk für die großen Landlords anzusehen, daß der Kauf eventuell auch mißliche Zwangsweise, auf Grund amtlicher Abschätzung, geschehen dürften. Außerdem wollen sie die Sache auch nicht den Grafschaftsräten, deren Verwaltungsbereich ein viel zu umfangreiches sei, überwiesen wissen, sondern den zu schaffenden lokalen Vertretungskörpern. Im Uebrigen waren ihre Einwendungen, wenigstens soweit sie durch ihren Hauptredner, Sir William Harcourt, vertreten wurden, unwesentlicher Natur. Nur einige weiter links stehende Mitglieder der Partei sind gegen jede Vermehrung der Zahl privater Grundbesitzer.

Das Gesetz wird unzweifelhaft zu Stande kommen und vielleicht auch auf dem Wege des Kompromisses, d. h. unter allerbhand Klauteln, die Zwangsklausel in demselben Eingang finden, da verschiedene liberale Unionisten ebenfalls für sie eintreten. So oder so zeigt es, trotz seiner verfehlten Tendenz, wie weit die Verhältnisse hier bereits gediehen sind. Mit einem Wechselbalsg, wie der famose Heimstätten-Gesetzentwurf, würde selbst der reaktionärste Tory hier nicht wagen, die Landfrage lösen zu wollen. Weit entfernt, das Eingreifen des Staats zu verwerfen, streitet man im Grunde nur um die Expropriationsbedingungen der Herren Grundbesitzer. Aber damit allein ist es noch nicht getan. Es braucht nicht nur der Mittel für den Ankauf, sondern auch der Mittel für den Betrieb des Grund und Bodens. Und wie jene werden auch diese gefunden werden, wenn die Zeit gekommen, d. h. wenn diese neue Landbill selbst in verbesserter Gladstone'scher Gestalt ihre Unzulänglichkeit bewiesen haben wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Februar.

Der Reichstag vertrat gestern erst eine Stunde seiner Zeit mit der Frage, wie der permanente Beschlußunfähigkeit abzuhelfen sei. Der Herr Präsident v. Bovehove kündigte an, daß er gewonnen sei, keinen Urlaub mehr zu gewähren, worauf die Vertreter aller Parteien mit ihren Vorschlägen, wie dem Uebel beständiger Beschlußunfähigkeit abzuwehren, ankamten. Den Vogel schloß dabei Herr von Hellborn, welcher die schmerzliche Auslieferung der Reichsboten aus mangelndem Pflichtgefühl beklagte. Da, wenn nicht gerade ein Raubzug der Agrarier geplant ist, die Rechte regelmäßig die größten Läden aufweist, so scheint, nach Herrn von Hellborn, bei den Junkern der Mangel an Pflichtgefühl am stärksten zu sein. Uebrigens war die ganze Schwärze überflüssig. Es ist kein Abgeordneter und kein Bundesrat im Hause, der nicht weiß, daß, so lange keine Diäten bezahlt werden, die Beschlußunfähigkeit sich dauernd nicht beseitigen läßt. Diäten wollen die Regierungen und die national-konservativen Parteien aber so lange nicht einführen, als das Wahlrecht nicht so weit beschränkt ist, daß Arbeitervertreter nicht mehr gewählt werden können. Es wird also der skandalöse Zustand weiter bleiben, daß neun Zehntel aller Beschlüsse des Reichstages von einem beschlußunfähigen Hause, also eigentlich auf ungesetzliche Weise, zu Stande kommen.

Was dem Reichstage nach der endlosen Geschäftsordnungs-Debatte noch an Zeit übrig blieb, wurde mit der Herrerei darüber vertrieben, ob zum Bau einer neuen Kreuzerflotte die erste Rate von 2 Millionen Mark schon dieses oder erst nächstes Jahr bewilligt werden solle. Gebaut wird das Schiff, das ist sicher und da die Dividenden der Aktionäre des Vulkan in Stettin höher ausfallen werden, wenn der Austrag in diesem Jahre schon erteilt wird, so erinnerte man sich plötzlich der Arbeitslosen und des Notstandes, deren Vorhandensein noch vor wenigen Tagen auf das Entschiedenste bestritten wurde. Oder giebt es nur in Stettin Arbeitslose?

Da das Haus auch heute wieder beschlußunfähig war, die Linke aber noch einiges auf dem Herzen hat, so konnte der Antrag auf Schluß der Debatte, wie die Rechte wollte, nicht zur Abstimmung gebracht werden, da in diesem Falle die Beschlußfähigkeit angezweifelt worden wäre. So wird die Debatte also morgen fortgesetzt werden, natürlich vor eben so leerem Hause, wie dies heute der Fall war.

*) Was ohnehin wohl oft genug geschehen wird.

Nicht gern in dieser Gesellschaft? Herr Russelich, das ist ja grob!

Es mag grob sein, ist aber nichtsdestoweniger wahr. Wir sind Ihnen sehr verbunden. Aber was Sie da sagten, hat wohl im Besonderen Bezug auf meine Persönlichkeit?

Ganz besonders mit.

Sie waren früher freundlicher gegen mich.

Als ich Sie noch nicht kannte.

Merkwürdig, anderen Leuten pflegt es mit mir gerade umgekehrt zu gehen.

Das kommt auf den Geschmack an.

Nichtig, und ich bin wohl gar nicht nach Ihrem Geschmack?

Nein, Herr Frank, das sind Sie nicht.

Was gefällt Ihnen denn nicht an mir?

Erfahrung sind Sie ein durch und durch leichtsinniger Mensch.

Ich bin bei Weitem nicht so schlimm, als Sie denken, und außerdem werde ich täglich besser.

Das habe ich gestern Abend nicht bemerkt.

Habe ich etwa nicht gut gesprochen?

Sie sind ein rother Republikaner, ein Wähler, ein Demagog, ein Unsitzenler und werden sich durch Ihre gestrige Rede ganz sicherlich einen Kriminalprozeß auf den Hals geladen haben.

Das ist möglich; was ist heutzutage nicht alles möglich!

Wie erst aus dem Wechselarrest entlassen, machen Sie schon wieder neue Streiche, statt daran zu denken, Ihre Verhältnisse zu ordnen.

Das wird geschehen, sobald ich erst wirklich entlassen bin.

Wie? sind Sie etwa noch gar nicht entlassen und befinden sich dennoch hier? Wie geht das zu?

Ich bin durchgebrannt.

Durchgebrannt aus der Wechselhaft? Schöne Geschichten. So etwas können nur Sie thun.

Bitte um Entschuldigung; der Gegenbeweis ist hier am Platze zu sehen, denn wir waren unterer sieben.

Beunruhigung! Der „Deutsche Reichs-Anzeiger“ und königlich preussische Staats-Anzeiger veröffentlicht im Anschluß an eine bayerisch-offizielle Notiz der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ heute Folgendes:

Das sozialdemokratische Blatt „Vorwärts“ hatte vor einiger Zeit einen Erlaß des bayerischen Kriegs-Ministeriums über Soldatenmishandlungen veröffentlicht. Von Seiten der zuständigen Militärbehörde ist sofort eine Untersuchung eingeleitet worden, um zu ermitteln, auf welche Weise der erwähnte Erlaß in die Hände der Sozialdemokraten gelangte. Wie die „Allg. Ztg.“ hört, soll diese Untersuchung nicht ohne Erfolg geblieben sein, so daß berechtigte Hoffnung besteht, daß der Thäter seiner Bestrafung nicht entgehen werde. Die Möglichkeit, daß dergleichen vorkommen konnte, hat selbstverständlich im Publikum eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen; es sind aber, wie das genannte Blatt mittheilen kann, die nöthigen Vorkehrungen getroffen worden, um in Zukunft einen solchen Vertrauensmißbrauch zu verhindern.

Vielleicht ist die Annahme nicht ungerathen, daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Seitdem die Reichsstadt Nürnberg an das Königreich Bayern angegliedert worden ist, gilt doch die alte Spruchweisheit innerhalb des ganzen Reichs der blauenweissen Grenzspähle: „Die Nürnberger hängen keinen, sie müßten ihn denn han.“ Vor allem jedoch fällt die erstaunliche Sinnestäuschung auf, welche den allerschwerdigen „Reichs-Anzeiger“ umfassen hält. Bis zu dem jetzigen Augenblicke wußte alle Welt nur von dem mit elementarer Kraft losgebrochenen Entrüstungssturm, der sich gegen die schwachvollen Soldatenmishandlungen richtete und den bürokratischen Perücken unbarmherzig das letzte Puderstäubchen ausgeschüttelt hat. Beunruhigt waren die deutschen Bürger, waren Eltern, Gewerbetreibende, Kinder, waren alle anständigen Leute, welche menschlich empfanden, nur über die in deutschen Kasernen herrschenden Zustände, und mit Dank wurden die Enthüllungen aufgenommen, welche das lägerische Gaukelbild des Militär-Johannis ein für allemal verschwinden machten. Wenn heute das amtliche der amtlichen Organe in holder Trübung der Sehkraft die unwürdige Erbitterung, die allein, ganz allein wider den Militarismus sich wendet, für eine schmiegam-devote Wehmuth ansieht, die sich in Thränen auflöst über die Veröffentlichung der bekannten Erlasse, so haben wir bei allem Respekt vor Sr. Excellenz dem „Reichs-Anzeiger“ nur eine Erklärung für diese Halluzination. Wie lang doch einst Kultus-Exzellenz Mühlner:

„Schäme dich, schäme dich, alter Gesell!“

Lumpenproletariat und Bürgerthum. In ihrer

Sonntagsnummer schreibt die „Königliche Volkszeitung“: Die sozialdemokratische Fraktion möge sich drehen und wenden wie sie wolle; wenn sie nicht das Lumpenproletariat als zu sich gehörend rechnet, so rechnet sich doch das Lumpenproletariat als zur Sozialdemokratie gehörend. Sie alle, die mit radant haben, mögen es nun Stroche oder Arbeiter sein, sie erwarten von dem „großen Riaderadatsch“, den Herr Bebel angelündigt hat, ihr Heil.

Bei der sozialpolitischen Einstichlosigkeit des rheinischen Zentrumsblattes ist es aussichtslos, ihm die Enttöschung und das Wesen des Lumpenproletariats klar zu machen. Vielleicht dämmert ihm aber ein schwacher Lichtschein der Wahrheit auf, wenn wir ihm im Vertrauen mittheilen, daß aus den Lumpenproletariern sich die Durrahlanalle rekrutirt, welche bei allen Paraden, Aufzügen, „patriotischen“ Festen, Illuminationen am heftigsten Hoch und Hurrah schreit, die Ballonmägen schwenkt und keine andere Politik treibt als diejenige, welche auf dem Boden des Privateigentums möglich ist. In holdem Wettbewerbs mit den Jobbern, Depotgannern, Ausbeutern, Schindlern und Gründern höherer Ordnung marschirt dies Lumpengefindel stets als getreue Gefolgschaft mit der Bourgeoisie, deren leibliches Kind es ist. Ein Ereignis der bürgerlichen Gesellschaft, steht und fällt das Lumpenproletariat mit dieser, die seine Hilfe stets in Anspruch nimmt, wenn sie einen Handreich gegen die Arbeiterklasse führen will. Die weisen Klousen des Bonaparte, die Werkzeuge des Absolutismus gegen das Proletariat, sind aus den lumpenproletarischen Gruppen hervorgegangen. Verbrecher, Zuhälter, Dirnen sind die Schalten, welche die Kapitalistenklasse wirft. Wie die Arbeiterklasse sich zu den Lumpenproletariern verhält, beweist die Revolutionsgeschichte. 1848 und 1871 haben die Pariser Arbeiter mit den Strochen, welche plünderten und Lärm machten, kurzen Prozeß gemacht: An die Mauer gestellt und erschossen Die

„Und die sind Alle durchgebrannt?“

„Mann für Mann, Herr Russelich.“

„Unerböt.“

„Aber wahr.“

„Und was soll nun weiter daraus werden?“

„Si, wir werden so lange herumschwärmen, als das Wetter noch schön ist, und wenn es uns nicht mehr gefällt, gehen wir wieder in Arrest.“

„Und einem solchen Menschen sollte ich das Glück meiner Tochter anvertrauen?“

„Nun, darüber sprechen wir schon noch ein anderes Mal. Vorläufig befindet sich Ihr Fräulein Tochter in Gesellschaft von Fräulein Barth, Fräulein Howald und Fräulein Findeisen.“

„Fräulein Findeisen hier, die Tochter des reichen Fabrikanten?“ unterbrach Russelich hastig.

„Ganz recht, dort sitzt sie.“

„Dürfte ich Sie wohl bitten, mich der Dame gelegentlich vorzustellen?“ rief Russelich mit gänzlich verändertem Tone.

„Mit dem größten Vergnügen, Herr Russelich; aber wollten Sie nicht wo anders hingehen?“

„Am besten thu' ich wohl, ich bleibe hier, da ich einmal hier bin.“

„Sehen Sie, Herr Russelich, das habe ich Ihnen gleich gesagt.“

Die Tafel war zu Ende, die Tische wurden abgedeckt, die unverwundliche Jugend eilte von Neuem zu Spielen, oder kletterte den Berg hinauf zur Ruine und zur Kapelle, während viele von den älteren Personen ein stilles Plätschen im Schatten einer hohen Buche zum ungehörten Mittagsschlafchen aufsuchten. Lange und Frank benutzten die Zeit, in der die Frauen mit der Vorbereitung des Kaffeetisches beschäftigt waren, um mit dem biederen und verständigen Landmanne Joseph Kleinisch aus Bleidungen die Mittel zu besprechen, wie man auch den Landmann mehr in die Bewegungen und Bestrebungen der Zeit hereinziehen vermöchte. Russelich hatte bereits dreimal in seiner Ungeduld an Frank's Rockschöß gezogen, um ihn an

„Königliche Volkszeitung“ mag sich drehen und wenden wie sie will, der Weichschopf des Lumpenproletariats hängt dem Kapitalismus hinten. —

Ultramontane Denunzianten. Kürzlich haben wir die „Germania“ auf eine Angeberei festgenagelt, die dem Netzer eines clerikalen Skribifaj darüber entsprungen war, daß Münchener Volksschul-Lehrer eine Arbeiterversammlung besucht hatten. Eine Versammlung, die mit dem preussischen Volksschul-Gesetz und der Schulfrage überhaupt sich beschäftigt hat. Jetzt hat im b a y e r i s c h e n L a n d t a g den schreibenden ein redender Gentleman abgelöst. Irgend ein Zentrums-Landbote erklärte in der Abgeordneten-Kammer, er nehme an, die Lehrer seien nur aus Neugierde in die Versammlung gegangen. Er sagte das, schreibt der Münchener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“, aber so, daß man wohl fähle, er sei nicht gerade erbaut über ihre Anwesenheit dortselbst. Es ist empörend, daß eine solche, das Selbstbestimmungsrecht eines Staatsbürgers so tief berührende Sache überhaupt erörtert wird. Der clerikale Redner warnte die Lehrer auch, ihre Beschwerden in oppositionellen Blättern vorzubringen, damit man sie nicht mit der Haltung dieser Blätter identifizire. Drohung und Bersprechen sind da gewissermaßen zwischen den Worten herauszufühlen. —

Ausnahmegerichte. Zwar bestimmt § 7 der Verfassung, daß Niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden darf, aber gewissen Kreisen, deren Lebenslust Zwangspolitik und Ausnahmegerichte ist, gelüftet es angeht, der jüngsten Berliner Krawalle nach, der Einrichtung außerordentlicher Gerichtsbehörden, um die ungesäumte Aburtheilung ähnlicher Vergehen gegen die Sicherheit von Person und Eigentum zu erreichen. Die Justiz, heißt es in den „Berliner Politischen Nachrichten“, wandelt bei uns einen langsamen Gang und hintert dem Verbrechen nur zu oft nach. Warum nicht gleich das Standrecht, wenn ein Haufe Kordies trafehlt? Der Appetit käme dann beim Essen, und der Ausnahme-Gerichtshof räumte gründlich mit politischen Gegnern auf. —

An den Rockschößen des Zentrums hängt noch immer der K u l m a n n und ist ihnen noch immer nicht offiziell abgehängt worden. Nichts desto weniger erdreistet sich die „Germania“ das unsaubere Mandor, der Sozialdemokratie die Berliner Strafenerzesse an die Rockschöße hängen zu wollen. Nicht etwa, daß die Sozialdemokratie direkt die Erzesse ins Leben gerufen habe, aber der Ursprung dieser Erzesse liege doch in der sozialistischen Verheerung der Arbeiter. Es ist ganz dieselbe Logik, wie die, welche Wismarck gegen das Zentrum, freilich mit viel größerem Rechte anwandte. Das Zentrum habe zwar nicht den Kullmann als Mörder gedungen, aber die beständige Heze der Ultramontanen, welche die Verordnungen des Staates gleichstellte mit der diokletianischen Christenverfolgung, habe unbedingt in den Gemüthern jenen Haß und jene Erbitterung erzeuge müssen, welche einen Kullmann zum Attentate gegen den Urheber der neuen „diokletianischen Christenverfolgung“ antriebe, und daher bleibe der Kullmann, wie sich die Ultramontanen auch dagegen sträuben möchten, an den Rockschößen des Zentrums hängen. —

Polizeistatistik. Unsere Regierung giebt uns eine treffliche Probe der sozialstatistischen Erhebungsweise, welche sie für ihre Zwecke nützlich erachtet. Der preussische Minister des Innern, der oberste Chef der Polizei, beauftragt die Polizeibehörden, über alle A u s s t ä n d e, die in ihren Bezirken seit dem Oktober 1891 stattgefunden haben, Bericht zu erstatten. Jeder Streik ist zu verzeichnen, an welchem mindestens zehn gewerbliche Arbeiter theilgenommen haben, Großgewerbe und Handwerk sind in gleicher Weise zu berücksichtigen; vor allem soll festgestellt werden die Hiffer der Vertragsbrüche, und ob die Arbeiterpartei auf den Ausstand eingewirkt habe. Ruhiger konnte Eberhard im Barte, „Württemberg's geliebter Herr“ sein Haupt nicht im Schooße eines seiner getreuen Unterthanen niederlegen, als Minister Herrfurth seinen Auftrag in die Hände der Polizei. Unbefangenes Urtheil, eindringende Sachkenntniß, wo sind sie eher zu suchen, als bei preussischen Polizisten? Und wie fernher Glockenton klingen die blanken Thaler, welche Kommerzrath Rühemann den hilfsbereiten Polizeibeamten mit denkbarern Bäckeln aufgezählt hat. Und wir sollen mit

die versprochene Vorstellung zu erinnern, aber es machte Letzteren Vergnügen, den alten Herrn ein wenig warten zu lassen, der ja auch für anderer Menschen Wünsche nur äusserst wenig Rücksichten zu nehmen pflegte.

Als aber der prächtigste Mollageruch sich mit der würzigen Waldluft vereinigte, und die Damen wieder über die grüne Wiese zurückkamen, stülzte Frank ein menschliches Nühren und winkte dem Ungebildigen bedeutungsloos, der sich alsbald erhob und seinem Führer folgte.

„Fräulein Findeisen“, begann Frank, als er bei den Damen angelangt war, „gestatten Sie mir, Ihnen in diesem würdigen Herrn vorzustellen den Herrn Hans Russelich, Expeditionsvorstand und rechte Hand des weltberühmten Rechtsgelehrten Dr. Rasmann, einen Mann, welcher (ich meine nämlich Herrn Russelich) nicht nur etwas vor sich gebracht hat im Leben, sondern, was ich viel höher zu schätzen Veranlassung habe, zugleich der Vater einer ebenso schönen, wie lebenswürdigen Tochter ist. Derselbe zeigte schon vor einigen Stunden das lebhafteste Verlangen, Ihre persönliche Bekanntschaft zu machen.“

„Ich bin, ich muß allerdings“, stotterte Russelich unter vielen Verbeugungen, „ein glückliches Ungesähr.“

Er konnte nicht vollenden, denn plötzlich knallte mitten in der Stille des Thales ein Pistolenschuß, und Dingen, welche ihr Gesicht nach der Richtung dieses ungewöhnlichen Schalles gewendet hatten, sahen auf einmal vor sich den Zweigen der Bäume auf dem gegenüberliegenden Berggipfel blauen Pulverdampf in die klare Luft emporsteigen.

„Mein Bruder, er hat sich erschossen“, schrie das Fräulein auf und fiel bemühtlos der kaum milder ershrodenen Freundin in die Arme.

„Ihr Bruder? erschossen?“ rief aber auch Russelich von sähem Schreck ergriffen und kreideweis im Gesicht werdend. „O, ich bin ruiniert, ich bin verlorren . . . 6000 Thaler . . . ich komme nicht wieder auf . . . es ist mein Tod . . .“

(Fortsetzung folgt.)

ornamentischem Jubel die Reichskommission für Statistik be-
grüßen! —

**Noch einmal der Kaffeler Majestätsbeleidigungs-
Prozess.** Aus den Entscheidungsgründen des freisprechenden
Urtheils sei Folgendes mitgeteilt:

Der Angeklagte Hoy ist gebürtig, den inkriminierten Ar-
tikel „Deutsch und Preussisch“ redigirt und in die am 14. und
17. Januar 1891 erschienenen Nummern der von ihm heraus-
gegebenen „Hessischen Blätter“, also nach Kenntnis seines In-
halts aufgenommen zu haben. Verfaßt habe er den Artikel
nicht. Wie der Angeklagte erklärt, sei er Monarchist und als
solcher kein Gegner des preussischen Königtums. Mit seiner
Partei strebe er ein föderalistisches Staatswesen, in dem die
1806 in Preußen ausgegangenen Länder als selbständige
Staaten bestehen müßten. Dies sei der Standpunkt, von dem
aus er sich die Bekämpfung der „kleindeutschen“ gegnerischen
Geschichtsschreibung, in der er eine Schädigung des monarchischen
Prinzips erblicke, angelegen sein lasse. Zweck des inkriminierten
Artikels sei, den Beweis zu liefern, daß die branden-
burgisch-preussischen Regenten in ihrer Politik seit
der Mitte des 17. Jahrhunderts bis 1806, ja bis 1809 und
1806 nicht von dem Gedanken des allgemeinen Deutschtums,
sondern durch Verlangen nach eigener Machterweiterung ge-
leitet worden seien. Zu diesem Zweck zählt der Artikel eine
Reihe geschichtlicher Ereignisse auf. Es kam nun darauf an,
eine Prüfung der historischen Wahrheit derselben herbei-
zuführen. Deshalb wurde die Benennung des ordentlichen
Professors an der Bonner Universität Dr. H. Koser beschloffen.
Das Ergebnis war, daß die Angaben im Allgemeinen der
Geschichte entsprechen. Dagegen begegnen die in Be-
tracht kommenden Thatsachen bei Professor Koser fast alle
einer anderen Auffassung wie in dem Artikel der „Hessischen
Blätter“, der nach Ansicht des Sachverständigen an Einseitig-
keit der Darstellung leide. Von erdichteten und absichtlich ent-
stellten Thatsachen könne aber nicht die Rede sein. Der An-
geklagte habe sich ausreichend mit Quellenmaterial versehen
gehabt und jedenfalls nicht wider besseres Wissen gehandelt.
Gewissen sei auch nicht, daß die Veröffentlichungen erfolgten,
um das preussische Königtum verächtlich zu machen. Eine
Majestätsbeleidigung liege ebenfalls nicht vor, denn hierzu
würde eine Beziehung in dem inkriminierten Artikel auf den
regierenden Kaiser und König notwendig sein. Eine solche
sei aber nicht zu erkennen. Das scharfe Urtheil über Friedrich II.
sei in einer Tonart und Sprache verfaßt, die der Angeklagte
selbst als ihm nicht zuzugend bezeichne, eine Nichtigstellung
aber sei Sache der Geschichte, nicht des Straf-
richters. Sachartige Ausführungen seien wohl dazu anzusehen,
das Gefühl der Pietät zu verletzen, könnten aber nicht als eine
persönliche Ehrenkränkung des Kaisers angesehen werden. § 150
des Str.-G.-B. betreffend die Beschimpfung des Aukens des
Verstorbenen, finde auch nicht Platz. Die Anklage wegen groben
Unfugs sei früher schon in Wegfall gekommen. Es sei daher
unter den gegebenen Verhältnissen auf kostenlose Freisprechung et
Hoy's zu erkennen gewesen.

Wenn alle die, welche mit diesem Urtheil unzufrieden
sind, den Staub von ihren Pantoffeln schütteln, welche
unzweifelhaft ein freischerer Luftzug in Deutschland. —

Auch ein Beitrag zu den Volksschul-Debatten.
Die Bourgeoisie ist unfähig und hat auch gar nicht den
Willen, irgend einen Vorschlag zuzustimmen, der von dem
Bergebrachten abweicht und die ärmeren Volksschichten ent-
lastet. Sie ist vielmehr der Ansicht, daß man grundsätzlich
so etwas nicht thun dürfe, weil dies der Anfang des Uebels
sei. Der demokratische Stadtverordnete Schäfer in Mainz
hatte beantragt, sämtlichen Schülern der Volksschule die
Schreibhefte auf städtische Kosten zu liefern, der Schulvor-
stand hatte jedoch in Verbindung mit der Schulkommission
die Ablehnung dieses Antrags bekräftigt, nicht aus
finanziellen, beileibe nicht, sondern nur aus „ethischen und päd-
agogischen“ Gründen, „um bei den Kindern den Eigentums-
begriff zu stärken und den Begriff zwischen Wein und Bein
zu befestigen.“ Man sieht, daß die herrschende Klasse um
eine Ausrede nicht verlegen ist, wenn es gilt, sich um das
kleinste Opfer zu drücken, während keine Menschenklasse
weniger Respekt vor fremdem Eigentum hat, als gerade die
Bourgeoisie. Selbstredend ließen bei der Abstimmung den
Antragsteller seine eigenen Parteigenossen im Stich und
stimmten gemeinsam mit den Nationalliberalen und Ultra-
montanen gegen den Antrag, welcher denn auch mit 26
gegen 8 Stimmen abgelehnt wurde. —

Vom nationalliberalen Jubiläum. Mit den üblichen
Zeitartikeln, Festreden und Festessen ist am Sonntag das
Jubiläum der Partei gefeiert worden, welche unter allen
bürgerlichen Fraktionen die Kunst am besten verstanden hat,
ihre Grundzüge zu verrathen. Denn sie hatte auch Grund-
züge: man lese nur ihr erstes Programm vom 13. Juni 1867.
Aber dieser Verrath war eine geschichtliche Nothwendigkeit,
er war nur die Kundgabe des politischen und sozialen Ver-
falls unserer Bourgeoisie, die nicht rascher sich bereicherte,
als sie in der Frohde der gnadenpendenden Bismarckei
verlohrte. Daran ändern die schwungvollsten Loafis des
Herrn von Bennigsen nichts.

Im Jahre 1874 einhundertundfünfundfünfzig, im Jahre
1892 aber vierzig Vertreter des Nationalliberalismus im
Reichstag: diese Partei hat abgewirtschaftet, nur von Re-
gierungs- und Junkergruben fristet sie ihre Dasein. Wenn
die dankbaren Angehörigen der Fraktion Drehscheibe ihrem
Hauptling, Herrn von Bennigsen, ein künstlerisch aus-
geführtes Gedenkblatt überreichen, so ist das ihre Sache.
Oben das Bildniß Bennigsen's, über das die Germania den
Lorbeer empor hält. Wenn aber, wie die „National-Zeitung“
freundetrunknen erzählt, auf diesem Bilde „unten trefflich durch-
geführte Gestalten verschiedenen Standes das Volk repräsen-
tiren“, so wird der Maler sicher den guten Geschmack gehabt
haben, unter das Volk seinen Arbeiter zu mischen. Wenn
es geschah, in welcher Stellung und mit welchem Gesichts-
ausdruck muß der Repräsentant der Arbeiterklasse dargestellt
sein, der dem Herrn von Bennigsen für Sozialistengesetz,
Schutzölle und andere Herrlichkeiten seinen Glückwunsch
dardringt? Aber vielleicht erwartet Kubals von Bennigsen
in den brünstigen Umarmungen, in welche die „Vossische
Zeitung“ ihn verstrickt. Weil er mit dem Deutschfreisinn
auch gestern ein wenig kokettirt, ist die alte Dame, welche
doch eigentlich über die kritischen Jahre hinaus ist, in
wahrhaft sapphische Verzückung gerathen, und sie schwärmt
von einer Freundschaft zwischen dem Deutschfreisinn und der
nationalliberalen Partei. Eine Ehe, für welche nicht
weniger als alle Vorbedingungen fehlen. Ohnmacht zu
Ohnmacht . . .

Steuermogeleien. In den Städten des Westens, den
Brennpunkten von Großgewerbe und Großhandel, wo die
Defraudation der Steuern — vergleiche den Wochener
Prozess — zu höchster Blüthe sich entfaltet hat, wird
das neue Einkommensteuer-Gesetz erhebliche Mehrerträge
herausklopfen. So berichtet die Rheinisch-Westfälische

Zeitung“ aus Dortmund, daß die Erhöhung des Steuer-
pflichtigen Einkommens „an 50 pCt. und mehr“ betragen
wird. Die Zahl der Millionäre betrage gegen 90. In
Länderscheid sollen die Steuereinsparungen ein so gutes
Ergebnis gehabt haben, daß der künftige Kommunalsteuer-
Zuschlag von bisher 400 auf 150, höchstens 200 pCt. ver-
mindert werden könne. Danach würden sich die Erträge
mehr als verdoppeln. —

Deutsche Bettelpatrioten. Schon vor Jahresfrist
hat der „Vorwärts“ in einem Artikel die Thatsache
festgestellt, daß keineswegs alle Belege zum Welfensoubö
verbraunt, sondern eine große Anzahl von Quittungen von
Feuertode gerettet worden sind. Die von Jülich aus signalis-
irte Veröffentlichung der Facsimiles von bettelpatriotischen
Quittungen bekräftigt die Wichtigkeit unserer damaligen Mit-
theilung. Wenn nur nicht Herr Casar Schmidt, der Ehren-
mann unter den Verlegern, die Publikation in dem Augen-
blick zurückzieht, in welchem ihm die Interessenten das
nötige Schweigegehalt auf den Tisch zählen. Casar sah,
nahm und schweig. . .

Beschwerdepflicht der Soldaten. So betitelt sich
das neueste Schwindelrezept gegen Soldatenmißhandlungen.
Der Soldat soll nicht bloß das Recht der Beschwerde haben,
sondern auch die Pflicht. Er soll bestraft werden, wenn er
eine Mißhandlung nicht anzeigt. Wenn er aber eine falsche
Anzeige macht, so wird er auch bestraft und zwar drakonisch.
Und was ist eine richtige Anzeige? Was ist eine richtige
Mißhandlung? Und wie ist die Anzeige an die richtige
Adresse zu bringen? Nun auf dem bekannten Weg, der
von so viel Schwierigkeiten und Gefahren befüllt ist, daß die
Soldaten es bisher in der Regel für vorthelhafter gefunden
haben, sich mißhandeln zu lassen, als ihn zu beschreiben.
Und daran wird nichts geändert, wenn die Ausübung des
Beschwerderechts auch zehnmal für eine Pflicht erklärt wird.
Mit Wortspielen ändert man kein System. —

Das Landtags-Mandat Liebknecht's. Die Kom-
mission („Deputation“) des sächsischen Landtags, vor welche
der bekannte Mehnert'sche Antrag verwiesen ward, hat
ihren Bericht veröffentlicht, und ist zu dem einstimmigen
Beschluss gekommen, daß die Gültigkeit des Mandats mit
dem Tage erlosch — 22. September 1890 —, an welchem
Liebknecht nach Berlin-Charlottenburg zog. Der Landtag
wird mit überwältigender Mehrheit den Beschluss der
Kommission zu dem feigen machen. Von dem Augenblick
an, wo die Regierung im Sinne des Mehnert'schen Antrags
gegen Liebknecht vorging, und diesem die in Leipzig ge-
zahlten Steuern zurückgab, war über den Ausgang
der Sache kein Zweifel. Wie schwer es war, die nötigen
Gründe zu finden und den Schein des Rechts zu wahren,
erhebt aus der Thatsache, daß der Kommissionsbericht zehn
Druckbogen stark ist. Das Verhalten der sächsischen Re-
gierung ist um so eigenthümlicher, als sie noch im November
des vorigen Jahres, 14 Monate nach der Zeit, wo
das Liebknecht'sche Mandat durch seinen, ihr sehr wohl be-
kaunten Wegzug nach Berlin-Charlottenburg angefallen,
erloschen“ war, an die Gültigkeit dieses Liebknecht'schen
Mandats glaubte und Liebknecht die sogenannte
Missiv, d. h. die Sadung zum Landtag über-
sandte. —

Russische Getreidepreise. Durch Uas des Jaren
wird die Ausfuhr von Korn aus Rußland nach Norwegen
aus den Häfen des Archangelschen Gouvernements gestattet,
jedoch nur bis zu einem Gesamtquantum von 200 000 Pud
und nur als Taufschloß gegen Fische, nicht aber zu
Handelszwecken. —

Das Faschingsministerium. So nennen die Fran-
zosen das neueste Ministerium. Ob es viel länger
dauern wird, als der Fasching — das bleibt abzuwarten.
Jedenfalls wird Herr Constans, der über seine Aus-
schließung wüthend ist, das Möglichste thun, seine Er-
folgen baldigt zu Fall zu bringen. So lange wie der
deutsche Faschingsreichstag, dem es an „moralischer
Blüte“ gleicht, wird das französische Faschingsministerium
sicher nicht dauern. —

Armer Constans! Mit währendem Eifer sind die
Creaturen des Herrn Constans, des gestürzten Polizei-
ministers, für die Erhaltung ihres Puttkamer in französischer
Ausgabe thätig. Auf den samosen Dynamitpatronen-
Diebstahl folgten die Knallerben-Explosionen. Als der
Portier des Hotels Princeffe de Sagan im Faubourg Saint
Germain, dem Pariser Aristokratenviertel, heute früh mit
der Reinigung des Vorflurs beschäftigt war, platzten zwei
im Kehricht befindliche, mit einer Explosionsmasse gefüllte
Hälsen, welche während der Nacht unter dem Eingang des
Hotels niedergelegt worden waren. Die Fenster des Hotels
wurden zertrümmert, Personen wurden nicht verletzt.

Und solche Schauernachrichten berichtet das offiziöse
Vossische Telegraphenbureau, das von unserem Reichspost-
ministerium so wohlwollend unterstützt wird, in alle Welt.
Wir erlauben uns, noch folgende erschütternde Nachricht
mitzutheilen, die uns unser Spezial-Vossische zugehen hat:
Als der Concierge des Hotels Chat Noir heute früh die
Treppe segte, trat er auf eine Kradmanne, die während
der Nacht dort niedergelegt worden war. Als er sie vor-
sichtig öffnete, fand er darin einen Doppelpferd und als mit
seiner Frau ein Biellebchen. Personen wurden nicht ver-
letzt.“ Herr Constans ist alt geworden, und seine Taschen-
attentate versagen nicht. —

Aus wilden Pändern. In der Sitzung des eng-
lischen Unterhauses vom 26. Februar hat der liberale Ab-
geordnete Herbert Gardner den Antrag gestellt, daß die
Klassenstimmer der Volksschulen in ländlichen Kreisen den
Einwohnern zur Abhaltung politischer und anderer Ver-
sammlungen zur Verfügung gestellt werden sollten. Die
Annahme des Antrags ist sicher. Wenn man mit diesem
Vorgehen die Mägen und Tüden der Saalabreibungen ver-
gleicht, die im Reiche der Gottesfürst und frommen Sitte
alltäglich sind, so erkennt man, wie dünn der Kulturfleiß
ist, der unsere politische Barbarei verdeckt. —

Der Streik der englischen Grubenarbeiter. Der
nationale Grubenarbeiter-Verband, der ungefähr eine
Viertelmillion Mitglieder umfaßt, wird nächsten Sonnabend
über 8 Tage — am 19. März — die Arbeit vorläufig
für eine Woche einstellen. Die Kündigung ist erfolgt
und an eine Abwendung des Streiks ist um so weniger zu
denken, als die Grubenbesitzer an dessen Zustandekommen
ein lebhaftes Interesse haben. Und sie werden auch

zweifellos ihre Rechnung finden; sie sparen die Löhne und
sonstigen Produktionskosten, und die Kohlenpreise gehen in
die Höhe. Dagegen dürften die Arbeiter, welche das Sinken
der Löhne verhindern wollen, sich in ihren Erwartungen
getäuscht finden. Der Kapitalismus hat hier eine Lage
geschaffen, die für die Arbeiter unerträglich und auch für
die Unternehmer nichts weniger als beneidenswerth ist, dafür
aber den großen Vortheil hat, die Widerständigkeit des
heutigen Produktionssystems mit einer seltenen Deutlichkeit
und an einem Beispiel von riesenhaftem Maßstab jedem
Denkfähigen zur klarsten Anschauung zu bringen.

Außer den Arbeitern des nationalen Verbandes werden
voraussichtlich noch andere englische Grubenarbeiter-Organis-
ationen sich dem Streik anschließen. Die Grubenarbeiter
von Durham, deren „Union“ über 80 000 Mann stark ist,
haben auf heute eine Konferenz anberaunt, welche die Ent-
scheidung treffen soll. —

Für den Achtstundentag. Die Londoner Arbeiter-
organisationen werden am 1. Mai für den gesetzlichen Acht-
stundentag eine Massenfundgebung in Hydepark ver-
anstalten. —

Parteinährvisten.

„Können Sozialdemokraten Innungsmeister werden?“
Diese, wegen des § 100 a der R.-G.-O. wichtige Frage beschäftigt
zur Zeit den Doppelner Bezirksauschuss. Den Webermeistern
Berger und Reder zu Reusdorf O.-S., zwei Sozialdemokraten,
war die Aufnahme in die dortige Weberinnung verweigert worden
mit der Begründung, daß von ihrer Mitgliedschaft ein „unheil-
voller“ Einfluss auf die Innung zu befürchten sei. Der Magistrat
als Ausschichtsbehörde erkannte, daß die Zurückweisung mit Recht
erfolgt wäre, aber lediglich mit Rücksicht darauf, daß
die Betroffenen nicht den Nachweis einer geordneten
dreijährigen Gesellenzeit erbringen könnten. Nun klagten
Berger und Reder sowohl gegen den Magistrat wie gegen
die Innung. Die Vertreter der Letzteren erklärten, daß sie nach
§ 126 R.-G.-O. zur Zurückweisung von Sozialdemokraten befugt
seien, da solche nicht die gesetzlich erforderte Gewähr für die sit-
liche und religiöse Erziehung der Lehrlinge böten; auch müsse
sich die Innung dagegen schützen, zu einem Agitationsfeld für
sozialdemokratische Ideen gemacht zu werden. Der Bezirksauschuss
beschloß, dem „Oberschlesischen Kng.“ zufolge bei dem Ober-
Verwaltungsgericht wegen einer prinzipiellen Entscheidung über
diesen „Nothfall“ anzufragen.

**Die Vernichtung oder Unterdrückung eines Stim-
zettels,** der vom Wähler zum Zwecke der Ausübung des Wahl-
rechts überreicht und in die Urne geworfen wird, ist, nach einem
Urtheil des Reichsgerichts, 3. Strafsenat, vom 19. Oktober 1891,
als die Vernichtung bezw. Unterdrückung einer Urkunde aus § 274
§. 1 des Strafgesetzbuches zu bestrafen
aus folgenden Gründen: „Der Wahlzettel beweist, und zwar
seiner Bestimmung gemäß, einerseits, daß von einer bei der
konkreten Wahl als Wähler beteiligten Person die Erklärung,
daß sie ihre Stimme dem Träger des auf dem Zettel geschriebenen
Namens gebe, abgegeben worden sei, andererseits die außerhalb
dieser Erklärung liegende, eine der Grundlagen des schließlichen
Wahlergebnisses bildende Thatsache, daß bei der in Frage
stehenden Wahl auf die betreffende Person eine Wahl-
stimme gefallen sei. Daß der Gegenstand, um dessen Eigen-
schaft als Urkunde es sich handelt, für sich allein und
vollständig den Beweis einer solchen Thatsache liefert,
ist zum Begriff der Urkunde und speziell der Beweisheftlichkeit
derselben nicht erforderlich; es genügt, daß er zu diesem Beweis
mitwirkt; und das Erforderniß solcher Mitwirkung wird hier
durch die Thatsache erfüllt, daß der Wahlzettel in der Wahlurne
sich befindet, wodurch dessen Beziehung zu der in Rede stehenden
Wahl und seine Beweisraft für deren Ergebnis hergestellt wird.
Gleichgültig ist, daß aus ihm der Name des Ausschließes nicht
erkennbar wird. Dem Zwecke der geheimen Wahl entsprechend,
sollen die Namen und Personen der Aussteller der einzelnen
Wahlzettel verborgen bleiben; die für das Wahlergebnis wesent-
liche Thatsache dagegen, daß und wie von den bei der Wahl als
Wähler beteiligten Personen das Wahlrecht ausgeübt worden
sei, wird durch Existenz und Inhalt der in der Urne befindlichen
Zettel nachgewiesen.“

**Zu den Braunschweiger Austritten zwischen Polizei
und Arbeitslosen** bemerkt der „Braunschweiger Volks-
freund“ in einer Polemik mit der freisinnigen Presse, welche
mit der üblichen Dreifigkeit diese Austritte aus Konten der
Sozialdemokratie schrieb: „Wenn Einzelne sich zu Ausschreitungen
hinreißen ließen, bedauern wir dies zwar, bestrafen aber ent-
schieden, die moralische Verantwortlichkeit dafür über-
nehmen zu müssen; diese mag vielleicht auf anderen
Schultern ruhen. Hätte man den Nothschrei der ersten resp.
zweiten Arbeitslosen-Versammlung nur in etwas berücksichtigt, so
wäre der debauerliche Vorfall nach der letzten Versammlung wohl
kaum vorgekommen. Dafür nun die „gutstimmigen sozialdemo-
kratischen Agitatoren“ verantwortlich machen zu wollen, ist sehr
billig und entspricht wie immer der freisinnigen Kampfweise.
Uebrigens waren es nur zwei Nichtarbeitslose, die in den beiden
ersten Versammlungen sprachen, während in der letzten nur einer
austrat. Wenn auf sozialdemokratische Anregung hin die erste
Versammlung stattfand, so ist dies sehr begreiflich, denn wer
von den anderen Parteien wollte wohl öffentlich das Wort im
Interesse der in Noth und Elend schwachenden Mit-
menschen ergreifen? Niemand ist es, der den Rath
dazu hat, am allerwenigsten die Maulhelden des Deutschfreisinn.
Trotzdem wollen wir nicht verschweigen, daß selbst viele Sozial-
demokraten den Arbeitslosen-Versammlungen keine besondere
Sympathie entgegenbrachten, freilich aus ganz anderen Gründen
wie die Gegner der Arbeiterbewegung. Wir gehören zu diesen
Genossen und zwar deshalb, weil wir wissen, daß sich bei solchen
Gelegenheiten Elemente einfinden, die mit der Arbeiterbewegung
absolut nichts zu thun haben und welche die Sozialdemokratie
von sich fern zu halten alle Ursache hat. In solchen, in den
meisten Fällen durch die Verhältnisse heruntergekommenen
Elementen gehören auch die Verhafteten; mit der Sozialdemo-
kratie haben dieselben nichts gemein. Immerhin aber mögen die
Genossen die Lehre aus dem Vorgange ziehen, in Zukunft mit
der Einberufung solcher Versammlungen vorsichtiger zu sein und
sich mit einer oder zwei zu begnügen nach dem Vorbild anderer
Orte.“

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Altona wurden in
der Klasse der Arbeiterbesitzer die sozialdemokratischen Kandidaten
sämmtlich einstimmig gewählt. In der Klasse der Unternehmer-
besitzer gelang es, vier unserer Kandidaten durchzubringen. In
fünf Gruppen der in 14 Gruppen eingetheilten Gewerbe erschien
seitens der Unternehmer kein einziger Wähler.

In Rathenow sollte eine Volksversammlung, in welcher
Genosse Zubeil aus Berlin referirte, Beschlüsse gegen den
Volkschul-Gesetzentwurf und die Behandlung des
Genossen Peus durch den Magdeburger Staatsanwalt. —

Todtenliste der Partei. In Braunschweig (Hannover)
wurde am 21. Februar der Zigarrenmacher Engelstein
beerdigt.

Theater.

Dienstag, den 1. März.
Opernhaus. Cavalleria rusticana (Bauern-Chre).
Schauspielhaus. Der zerbrochene Krug. Der eingebildete Kranke.
Deutsches Theater. Der Richter von Salamea.
Lesing-Theater. Paragraphe 300 (Zieler 117). Fünf Dichter.
Berliner Theater. Schlimme Saat.
Reichens-Theater. Riquette (Ma Cousine).
Wallner-Theater. Joette. Vorher: Der berühmte Mißbürger.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Das Sonntagkind.
Thomas-Theater. Jägerblut.
Sellekianze - Theater. Almenrausch und Edelweiß.
Ostend-Theater. Cavalleria rusticana.
Adolph Ernst - Theater. Der Langtanzel.
Alexanderplatz-Theater. Berliner Pfaffen.
Feenpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Hausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Konkordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstrasse 77-79.
 Heute, sowie täglich:

Gr. Freikonzert.

Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
 Sonntags 20 Pf. Entree. Anfang 6 Uhr.
 Empfehle meinen berühmten Mittags-
 tisch à la Duval. Diner à 1 Mark.
 3 Regelmäßigen, 6 Billards,
 2 Säte. 1169L

Gr. Bock-Ausschank

aus der Berliner Bock-Brauerei.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
 Täglich:

Unterhaltungs-Musik.

Direktion A. Hödmann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Küchenschant von Papendofel
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Castan's Panopticum

Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.
 Interessanteste Völkerschau
 Inner-Afrikas:

Schuli

b. Emla Pascha-Reich.

30 Personen, Männer, Frauen, Kinder.

Vorstellungen: 11, 12 u. 1 Uhr Vor-
 mittags, - 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr
 Nachmittag.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
 Gedöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab

Passage-Panopticum.

Lebensgroße
 Wachsguren und
 Gruppen, Dioramen,
 Sündfluth - Panorama
 mit Gewitter.
 Im Theater-Saal (ohne
 Extra-Entree): Täglich
 v. 6 Uhr ab Vorstellung
 von Spezial. I. Rang.
 Entree 50 Pf.

Präuser's anat. Museum.

Schluss

unwiderruflich
 am 30. März.
 und vieles andere
 neu!
 Täglich für erwachsene
 Herren.
Damen-Tag jed. Dienstag
 und Freitag.

Empfehle den Genossen mein Weiß-
 und Vairischbier-Lokal. Vereins-
 zimmer mit Piano steht zur Verfügung.
 Wilhelm Hoge,
 Schützenstr. 33.
 1690b

Zeige hiermit an, daß ich die

Destillation

„Zu den 3 Kronen“
 (früher F. Boyer)

Prinzessinnenstr. 15 (Ecke Oranienstr.)
 käuflich übernommen u. bitte alle alten
 Gäste u. Kunden um ferneren geneigten
 Zuspruch. Wachtungspoll
 1694b Herm. Hammel.

Heute, zur Fastnacht, empfehle
Rum, Punsch, Glühwein
 in bekannter Güte. D. O.

Circus Renz.

Karlstraße.
 Dienstag, den 1. März 1892,
 Abends 7 1/4 Uhr:

Brillante Vorstellung.

Zum 163. Male:
 „Auf Helgoland“
 oder: Ebbe und Fluth.
 Große hydrologische Ausstattungs-
 pantomime in 2 Abtheilungen mit
 National-Tänzen (65 Damen), Auf-
 zügen. Neue Einlage: Die Garde-
 Husaren. Tischeressen. Dampf-
 schiff- und Bootfahrten, Wasserfällen, Riesen-
 fontänen mit allerlei Lichteffekten u. s. w.
 30 Fuss hohe Riesenfontäne, zum
 Schluss: Neu! Feenhaftes Kunst-
 und Prachtfeuerwerk, arvanziert und
 inszenirt vom Direktor E. Renz.
 Außerdem: Plastische Stellungen von
 6 Gladiatoren. Die 4 Orientalen, dar-
 gestellt von 4 Herren mit arabischen
 Vollblut-Schulspferden. Röm. Spiele.
 Mlle. Therosina in ihren vorzüglichen
 Trabouren. Das Schulspferd Solon,
 geritten von Franz. Clouids Hager;
 dasselbe wird schließlich die schwierigsten
 Gänge auf den Hinterrufen ausführen.
 Pas de deux gratuits auf 2 Pferden
 von Fr. Adels und Giovanni. Horaz
 und Neritur, Vollblut-Fuchshengste, in
 Freiheit vorgeführt von Herrn Ernst
 Renz (Enkel). Komische Entrees und
 Intermezzo's von sämtl. Clowns etc.
 Morgen Vorstellung. Auf Helgoland.
 E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Platz, Ecke Karlstr.
 Dienstag, den 1. März 1892,
 Abends 7 1/4 Uhr:

Grosse Brillant-Vorstellung

mit vorzüglich gewähltem, aus den
 besten Repertoire-Nummern bestehenden
 Programm.
 Auftreten des anerkannt besten
 Schulreiters der Gegenwart Mr.
 James Hillis mit seinem Schulspferd
 „Germinal.“
 Zum Schluß der Vorstellung: Neu
 einstudirt: Eine Nacht in Venedig.
 Große komische Original-Wasser-
 pantomime in 2 Abtheilungen mit neuen
 sensationellen Licht- u. Wasseressellen.
 Morgen große Vorstellung mit
 neuem Programm. Auftreten des an-
 erkannt besten Schulreiters der Gegen-
 wart Mr. James Hillis. Eine Nacht
 in Venedig.

Allen Freunden und Genossen zur
 Nachricht, daß unser Kollege der Gärtler
 Franz Stehr am 27. Februar, Nach-
 mittags 4 Uhr, nach langem Leiden
 verstorben ist. Die Beerdigung findet
 Mittwoch, Nachm. 2 1/2 Uhr, von der
 Charite nach dem Michaels-Kirchhof
 statt. Wir bitten um rege Theilnahme.
 Die Metallarbeiter der Metall-
 waaren-Fabrik von A. G. Lehmann.

Orts-Krankenkasse der Steindruckerei

Am 28. Februar e. verstarb unser Mit-
 glied, der Steindrucker Herr Friedrich
 Trost. Die Beerdigung findet statt
 am Mittwoch, den 2. März cr., Nachm.
 3 Uhr, vom Trauerhause Demminer-
 straße 2 nach dem Kirchhof in Weissen-
 see. Um zahlreiche Theilnahme bittet
 1696b Der Vorstand.

Danksagung. Allen Genossen,
 Freunden und Bekannten, sowie dem
 Gesangsverein „Vorwärts“ sagen wir hier-
 mit unseren herzlichsten Dank für die rege
 Theilnahme an der Beerdigung unseres
 Sohnes und Bruders Fritz Böttcher.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise der Theil-
 nahme bei der Beerdigung meines lieben
 Mannes Karl Neumann sage ich
 hiermit allen Kollegen und Freunden,
 insbesondere dem Herrn Chef meinen
 herzlichsten Dank.
 Wittwe Neumann, Panfstr. 31b.

Danksagung. Für die vielen Be-
 weise der herzlichen Theilnahme bei der
 Beerdigung meines lieben Mannes Karl
 Maack sagen wir allen Verwandten,
 Kollegen und Freunden, sowie für die
 zahlreichen Blumenpenden, insbesondere
 Herrn Prediger Stage und dem Gesangs-
 verein St. Urban unsern innigsten Dank.
 Agnes Maack, geb. Pflü, n. Kindern.
 1699b Arndstr. 22.

Empfehle mein Geschäft in frischen
 Blumen und Kränzen. 533 L

Robert Meyer,

Nr. 2, Mariannenstrasse Nr. 2.
 NB. Um häufigen Irrthum zu ver-
 meiden, bitte ich meine Freunde und
 Genossen, genau auf meine Adresse zu
 achten.

Verkaufe v. m. Ertisch, div. Möbel.
 Besichtig. 8-10 u. 2-4. 1695b
 Friedländer, Chausseestr. 51, C. I.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 1. März, Abends 8 Uhr,
 im Lokale „Wedding-Part“, Müllerstraße Nr. 178:
Versammlung

Tages-Ordnung:
 1. Bodenbesitz-Reform und Sozialdemokratie. Referent Reichstags-
 Abgeordneter Molkenbuhr. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten,
 Verschiedenes und Fragelasten. - Gäste haben Zutritt.
 423/15
 Beim Stützungsfeiern im „Feen-Palast“ sind ein Uhrgehänge (Medaillon),
 und ein Portemonnaie mit ca. 16 Mk. Inhalt verloren gegangen. Die Finder
 werden gebeten, die Sachen an H. d. Scholz, Kastanien-Allee 35, abzuliefern.
 In Empfang zu nehmen ist ein Uhrschlüssel, welcher gefunden wurde.

Große öffentliche Volksversammlung für Rummelsburg und Umg.

am Donnerstag, den 3. März ds. Js., Abends 8 Uhr, im Saale
 des Herrn Gorchmann, Rummelsburg, Berlinerstr. 11.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: „Der Kampf um die Volksschule.“ Referent Reichstags-
 Abgeordneter Fritz Kunort. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiche Erscheinen bittet 378/12
 Der Vertrauensmann.

Tapezierer!

Am Mittwoch, den 2. März, Abends präz. 8 Uhr, bei Feuerstein,
 (oberer Saal), Alte Jakobstr. 75:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Der politische und gewerkschaftliche Kampf und deren Bedeutung für
 die Arbeiterbewegung. 2. Diskussion.
 Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
 383/17 Der Einberufer.

Heute, Dienstag, den 1. März d. J., Abends 8 1/4 Uhr,
 in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

Große öffentliche Versammlung der Impfgegner.

Tages-Ordnung:
 Vorträge der Herren: 1. Rechtsanwalt Lohar Volkmar über:
 „Strofen und Impfwang.“ 2. Dr. med. B. Krümel über: „Vollstücken“
 (Influenza etc.). 3. Diskussion. - Sämtliche Reichstags-Fraktionien sind
 eingeladen. Damen wie Herren haben Zutritt. Zur Deckung der Unkosten
 Entree nach Belieben. 1698b
 J. A. G. Schulz, Simeonstr. 13.

Stuckateure!

Der diesjährige 1684b
Wiener Masken-Ball
 des Fachv. der Stuckateure Berlins und Umg.

findet am Sonnabend, den 5. März, im „Konzerthaus Sanssouci“,
 Kottbuserstraße 4a, statt. Anfang 8 Uhr.
 Billets sind zu haben im Arbeitsnachweis Weinmeisterstr. 19 im Lokale
 von G. Schünemann.

Verein der Sattler u. Fachgen.

Am Mittwoch, den 2. März, Abends 8 1/2 Uhr,
 im Louisenstädtischen Klubhaus, Annenstraße No. 16:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: „Anarchismus und Sozialismus.“ Referent Herr
 Werner. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. - Gäste willkommen. 263/12
 Hierzu ladet ein Der Vorstand.

Genossen und Genossinnen!

Heute, Dienstag, den 1. März (Fastnacht):
Grosser Wiener Maskenball
 bei Knebel, Bad-Strasse No. 58.
 Anfang 8 Uhr. 2056L

Öffentliche Versammlung aller in der chirurg. Branche beschäftigten Berufsgenossen

am Dienstag, den 1. März, Abends
 8 1/4 Uhr, in Nagel's Gesellschaftssälen,
 Schwedterstr. 23.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Lohnunterschiede in den Werk-
 stätten Krüger und Elges. 2. Dis-
 kussion. 3. Verschiedenes.
 Zur Deckung der Unkosten findet
 Teilerfassung statt. 1692b
 Der Einberufer.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. s. w.

Örtliche Verwaltung Berlin E.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
 die Zahlstelle vom Sonnabend, den
 5. März, von der Gartenstraße um-
 standshalber nach der Bergstr. 60 im
 Lokale des Herrn Hilgenfeldt ver-
 legt wird. 1625b
 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Bildungsschule. Versammlung

am Mittwoch, den 2. März,
 Abends 8 Uhr,
 im Lokale des Herrn Robert,
 Beuthstraße 18/21.
 Tages-Ordnung:
 4. Jollivortrag des Schriftstellers
 Herrn W. Bölsche über: Die Ent-
 wicklungs-geschichte der Erde.
 Gäste zahlen 20 Pf. Entree.
 Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Anstalt für Frauen und Mädchen Deutschlands.

E. G. 26. Str. Offenbach a. M.
 Die Kasse nimmt als Mitglieder Frauen
 und Mädchen vom 14. bis 45. Lebens-
 jahre auf. Das Eintrittsgeld beträgt
 1 Mark. Der wöchentliche Beitrag 25 Pf.
 Als Krankenunterstützung wird 7,20 M.
 wöchentlich oder Verpflegung im Kranken-
 hause gewährt. Das Begräbnisgeld be-
 trägt 60 M. 152/9
 Beitrittserklärungen werden entgegen-
 genommen: SO. Verwaltungsstelle I:
 Wilh. Pappe, Reichenbergerstr. 155,
 Quergeb. IV; Emil Ordel, Mantuffel-
 straße 49. SW. Verwaltungsstelle II:
 Bertha Duh, Buttfamerstr. 7, Laden.
 Ortlepp, Steglitzer-Strasse 90, III.
 N. Verwaltungsstelle III: F. Dols, Berg-
 straße 80, Quergeb.; Wilhelmine Gräme-
 wald, Prinzen-Allee 27, III. O. Ver-
 waltungsstelle IV: Emil Müller,
 Remelerstr. 31, S. IV; Herm. Behr-
 hardt, Richtenbergerstr. 7, Quergeb. IV.

Sophabezüge!

1832L
 Kasse in Rip, Damast, Granit,
 Plüsch u. bun. Stoff, spottbillig.
 Emil Leibers, Oranienstr. 158.
 Proben franko!

Betten - Theilablung. F. R. Rotlaff
 Bettfedern - Spezialgeschäft.
 Bräudenstr. 5 (Jannowbrücke). [2052L

Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.

Anlässlich der Debatten über ein neues Volksschul-Gesetz
 bringen wir den Parteigenossen folgende Erscheinungen unserer
 Literatur in empfehlende Erinnerung:

Moses oder Darwin? Eine Schulfrage.

Allen Freunden der Wahrheit zum Nachdenken vorgelegt
 von
 Dr. Arnold Dodel.
 4. Auflage.
 Volks-Ausgabe. 112 Seiten. Preis 1,00 Mark.

Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für die Schulen des Volkes.

Von Hans Müller.
 32 Seiten. - Preis 15 Pfennige.
 (Berliner Arbeiter-Bibliothek. Serie II. Heft 9.)
Preussische Volksschul-Zustände.
 Ein Wort an das Volk und seine Lehrer.

Von Hans Müller.
 48 Seiten. - Preis 20 Pfennige.
 (Berliner Arbeiter-Bibliothek. Serie II. Heft 7.)

Beiträge zu der Schule im Dienste für die Freiheit.

Von Eduard Sack.
 244 Seiten. Preis 1 Mark.
Schlaglichter zur Volksbildung.
 Von Eduard Sack.
 1. Band. 404 Seiten. In 5 Heften à 40 Pfennig = 2 Mark.

Friedrich der Grosse „Der Heros der deutschen Volksbildung“ und die Volksschule.

Von Robert Seidel.
 116 Seiten. Preis brosch. 1,50 M.
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
 Bei Bestellungen von auswärts bitten wir um vorherige
 Einsendung des Betrages (Porto extra).

Karl Scholz, Wrangelstr. 32.

Verständ für Bildereinarbeitung.
 Glaserei. Lager fertig eingerahmter Bilder
 von Stahl- u. Kupferarbeiten zu soliden Preisen.
 Kaffalle, Marx u. s. w. in allen Größen.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

189. Sitzung vom 29. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf von Caprivi, Hollmann, von Malzahn.

Aus Anlaß mehrerer Urlaubgesuche erklärt der Präsident von Devesow es für notwendig, mit der Bewilligung solcher Gesuche etwas sparsamer zu verfahren; er werde sich dann bei den Gesuchten, die seiner Bewilligung unterliegen, danach richten.

Abg. Bamberger: Das Zusammentreten mit dem preussischen Landtage trägt viel zur Beschleunigung des Reichstages bei. Abg. Richter: Eine frühere Einberufung des Reichstages würde sich empfehlen. Vielleicht findet eine solche Anregung jetzt besserer Anlaß als früher.

Abg. von Stumm: Man darf den verbündeten Regierungen keinen Vorwurf machen. Reichstag im Winter und den Landtag im Sommer lassen zu lassen ist unmöglich.

Abg. Graf Ballestrem: Gerade das Zusammentreten mit den süddeutschen Landtagen wirkt störend; wenigstens leidet das Zentrum am meisten darunter. Es müsse ein Mittel gefunden werden, um den Uebelstand der chronischen Beschlußunfähigkeit zu beseitigen. Wenn der Wunsch allgemein ausgesprochen wird, so werden die verbündeten Regierungen das in Erwägung ziehen.

Abg. Richter: Ganz schuldlos ist die Regierung nicht, denn die Landtage treten doch nicht von selbst zusammen. Früher hat der Reichstag den Wunsch ausgesprochen, daß der Reichstag schon im Oktober zusammenberufen werden möchte. Dann würde wenigstens die Hauptarbeit nicht mehr zusammenfallen. Vor allem liegt der Grund aber in der Diätenlosigkeit. Denn Niemand kann sich auf eine so lange Session einrichten; es kommen immer noch neue Schwierigkeiten und Niemand hat die Sicherheit, daß die Reichstagsarbeiten bald zu Ende gehen.

Abg. Bamberger: Der Regierung habe ich einen Vorwurf nicht gemacht, aber Thatsache ist, daß es dem Fürsten Bismarck früher nicht unangenehm war, daß eine gewisse Frist eintrat. Vielleicht findet der Präsident einen außerordentlichen Weg, denn Niemand leidet unter der Beschlußunfähigkeit mehr als unser verehrter Präsident.

Abg. von Hellborn: Ein Zusammentreten des Reichstages im Oktober ist unmöglich für die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen. Es wäre zu wünschen, daß ein festes Programm für unsere Arbeiten aufgestellt wird, daß nicht so viele Vorlagen noch nachträglich kommen. Das Zusammentreten mit dem Landtage ist nicht schuld, sondern vielmehr der Umstand, daß ein großer Theil von Mitgliedern ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Dann aber müssen wir selbst mit unserer Zeit etwas ökonomischer umgehen und nicht über die überflüssigen Dinge lange reden. Es wäre auch vielleicht gut zu unterscheiden zwischen Sitzungen, wo nur debattirt, und solchen, wo Abstimmungen erfolgen.

Abg. von Marquardsen hält ebenfalls den Zusammentritt des Reichstages in der zweiten Hälfte des Oktober für zweckmäßig.

Abg. Singer: Wenn es sich nicht gerade um landwirtschaftliche Jälle handelte, war die rechte Seite immer am schwächsten besetzt, und bei den Handelsverträgen haben sich die Herren auch keine Beschränkung auferlegt. Bei dem jetzigen Zustande der Preiskontrolle ist der Reichstag der einzige Platz, wo man gewisse Dinge zur Sprache bringen kann und muß.

Abg. von Mantuffel: Die Reuerungen der sozialdemokratischen Presse lassen von einer beschränkten Preiskontrolle nichts merken. Es ist aber eine nicht des Reichstages würdige Stellung, wenn immer zum Fenster hinausgesprochen wird. Freilich sind die Sozialdemokraten immer am zahlreichsten vertreten, weil sie stets zum Fenster hinausprechen.

Abg. Richter: Der frühere Reichskanzler hat vielfach zum Fenster hinausgesprochen. 1870 bereits hat der Reichstag beschlossen, daß die Einberufung zum Oktober erfolgen möge; damals haben die Konservativen keine Einwendung dagegen gemacht; es sollte damals das Gutachten der einzelnen Regierungen eingeholt werden.

Abg. von Bennigsen hält es für zweckmäßig, die Beschlußfähigkeit ziffer für die zweite Lesung herabzusetzen; die Anwesenheit von 100 Mitgliedern würde für diese provisorischen Bestimmungen genügen.

Präsident von Devesow: Wenn es sich um eine Frage der Geschäftsordnung handelte, würde ich Ihnen schon längst einen solchen Vorschlag gemacht haben, aber die Beschlußfähigkeit ist festgestellt durch die Verfassung.

Abg. Richter: Durch eine solche Aenderung der Beschlußfähigkeit würde sich der Charakter der ganzen geschäftlichen Verhandlung verändern; die Bedeutung der zweiten Verlesung würde verschwinden und die Entscheidung würde in die dritte Lesung gelegt werden, die jetzt meist sehr kurz ausfällt. Ich bleibe dabei, daß die Diätenlosigkeit die Hauptursache des Uebels ist. Hier ist eine Verfassungsänderung nöthig, nicht bezüglich der Beschlußfähigkeit.

Damit schließt die Geschäftsordnungs-Debatte ab.

Es folgt die weitere Beratung des Etats der Marineverwaltung und zwar die einmaligen Ausgaben. Referent Abg. Frisken führt aus, daß die Budgetkommission überall da Abstriche gemacht habe, wo die Bestände aus den früheren Jahren noch nicht vollständig verwendet sind.

Zum Bau einer Kreuzerkorvette H werden 1 000 000 M. bewilligt. Bei der Fortsetzung von 3 300 000 M. zum Bau des Panzerschiffs „Brandenburg“ erklärt

Abg. v. Deul (L.): Man habe ihm einen Vorwurf daraus gemacht, daß er im vorigen Jahre in der Kommission die Geschwindigkeit der Panzerschiffe geringer angegeben habe, als nachher im Plenum. Das beruhe darauf, daß er durch den Staatssekretär nach der Kommissionsitzung über seinen Irrthum aufgeklärt sei.

Bei den Panzerschiffen B, C und D beantragt die Budgetkommission statt 1 800 000 M. bezw. 1 500 000 und 2 000 000 M. nur je 1 000 000 M. zu bewilligen.

Abg. Richter weist darauf hin, daß der frühere Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes 1890 erklärt habe, daß die Ausgaben für Trockendocks genügend seien; heute sehe man vor neuen Forderungen. Er und seine Freunde hätten für die Marine gesorgt, solange ein klarer Plan vorgelegen habe. Jetzt ändert sich der Plan alle Augenblicke, es würden jetzt für Docks 15 Mill. Mark verlangt. Es sei zu bedauern, daß die Marineverwaltung keine genügende Stetigkeit zeige. Könnte die Marineverwaltung nicht schon früher die Nothwendigkeit der Docks übersehen? Wird die Fortsetzung für die Docks das Ende sein? Werden nicht noch große Neubauten nothwendig sein? Darüber muß Klarheit geschaffen werden.

Staatssekretär Hollmann: Die Forderung für die Docks konnte nicht überraschend kommen; sie gehört zu den Schiffen, welche bewilligt worden sind.

Abg. Richter: Ueber die Hafengebäude haben wir immer noch keine Klärung erhalten.

Die von der Budgetkommission beantragten Abstriche werden genehmigt.

Die Kommission beantragt ferner folgende erste Raten (Titel 14—19) zu streichen: 2 000 000 M. zum Bau der Kreuzerkorvette K; 1 500 000 M. zum Bau des Panzerschiffes W; 750 000 M. zum Bau des Kreuzers F; und 1 200 000 M. zum Bau des Aviso H; gestrichen werden sollen auch die Ausgaben für die artilleristische und Torpedo-Armirung dieser Schiffe.

Reichskanzler Graf Caprivi: Ich will für die Kreuzerkorvette K ein Wort einlegen und dem Hause an das Herz legen, zu erwägen, ob die Vortheile der Verschiebung dieses Baues auf das nächste Jahr größer sind als die Nachteile, welche dadurch entstehen. Wir stehen auf dem Programm von 1889 nach wie vor. Daß wir künftig mehr Kreuzer als sonst brauchen werden, darüber habe ich meine Ansicht schon ausgesprochen. Daß wir nicht nur mit kleinen Kreuzern auskommen können, folgt daraus, daß das Ansehen der deutschen Flotte leiden würde, wenn sie nur durch kleine leistungsunfähige Fahrzeuge vertreten sein würde. Die Marine braucht Kreuzer, welche energischer auftreten können. Dazu sind Kreuzerkorvetten bestimmt. Es ist in der Kommission gesagt worden, den feindlichen Handel zu schädigen habe keinen Zweck, denn dieser Schaden müsse nachher wieder entschädigt werden. Das ist zum Theil richtig. Als auf dem englischen Markt bekannt wurde, daß die Kreuzerkorvette Alabama ihre Züge begonnen habe, gingen die Versicherungsprämien um 8 pCt. in die Höhe. Diese Beunruhigung wirkt auch bedeutend. Um Kapertkrieg handelt es sich hier nicht; denn Kapertkrieg ist derjenige, welcher auf eigene Kosten von Privaten getrieben wird. Diesem Kapertkrieg hat die deutsche Regierung entsagt. Etwas anders ist der Kreuzerkrieg unter kaiserlicher Flagge. Darauf ganz zu verzichten, halte ich für unmöglich. Wir werden nach wie vor Kreuzer bauen müssen. Seit langen Jahren ist es in unserer Marine System, Stammansammlungen auf Schiffen auszubilden und auf gleichartigen Schiffen zu verwenden; es bleibt deshalb wünschenswerth, mehrere Schiffe derselben Art zu haben. Für die Beurtheilung der Frage, ob es wünschenswerth ist, die Kreuzerkorvette K erst im nächsten Jahre zu bewilligen, bin ich in der Lage ein neues Moment vorzubringen. Der Oberpräsident der Provinz Pommern schreibt mir, daß in Stettin die Arbeitslosigkeit zugenommen hat und zwar mehr als in früheren Jahren. Einmaljährlich der Familienmitglieder werden die Arbeitslosen auf 4000 Köpfe berechnet. Bedenklich würde es werden, wenn auch der Vulkan zu diesen Arbeitslosen sein Kontingent stellen würde. Dem Vulkan sollte der Bau der Korvette K übertragen werden. Darauf hat der Vulkan Arbeiter, die sonst schon im Herbst entlassen werden sollten, in Arbeit behalten. Um so bedenklicher erscheint der Beschluß der Budgetkommission. In dem Schreiben liegt der Vorwurf, daß die Marineverwaltung dem „Vulkan“ ein Versprechen gegeben habe, was nicht gehalten wird. Die Marineverwaltung hat aber den Auftrag nur ertheilt unter der Bedingung, daß der Vertrag als annullirt gelten solle, wenn der Bau nicht bewilligt wird. Damit war „Vulkan“ einverstanden. Es sind ihm alle Klime u. s. w. schon ausgehändigt worden. Es bleibt aber doch bestehen, daß die Lage, in welche „Vulkan“ gerathen ist, keine ganz leichte ist. Der „Vulkan“ war um so mehr berechtigt anzunehmen, daß der Bau bewilligt werden würde, weil ihm die Geschichte der Kreuzerkorvette K bekannt war. Der Bau war schon vor zwei Jahren beantragt, aber die Regierung ging darauf ein, die Panzerschiffe damals zu nehmen und die Korvette K noch ein Jahr hinauszuverschieben. Jetzt konnte also „Vulkan“ darauf rechnen, daß die Bewilligung erfolgen würde. Die Erscheinung der Arbeitslosigkeit ist in den Monaten Januar und Februar keine Seltenheit; ein Theil der Industrie wartet auf das Sinken der Kohlenpreise. Es kommt dazu, daß der Abschluß der Handelsverträge vielfach erwartet ist, um neue Geschäfte einzuleiten. Diese Umstände verschärfen die Situation in diesem Jahre besonders. Diese Umstände legen der preussischen Regierung die Frage nahe, was sie thun könne, um die Arbeiter zu beschäftigen. Ähnlich liegt es hier. Wenn einmal zugegeben wird, daß die Zahl der Arbeitslosen sich vermehren würde, wenn andererseits der Bau im nächsten Jahre doch käme, so möchte ich doch glauben, daß gewichtige Gründe dafür sprechen, daß man es vorzieht, dieses dem „Vulkan“ versprochene Schiff in diesem Jahre statt im nächsten Jahre zu bauen. Ich möchte dem Hause eine nochmalige Erwägung in dieser Richtung ans Herz legen.

Abg. Graf Ballestrem (Zentr.): Die Nothwendigkeit der Vermehrung der Kreuzer ist von der Kommission bereits genügend gewürdigt worden. Der Reichskanzler hat ferner versichert, daß diese Kreuzerkorvette zu nichts anderem bestimmt sei, als im Frieden den diplomatischen Dienst zu versehen und den Handel zu schützen. Diese Erklärung hat Befürchtungen zerstreut, welche in weiten Kreisen bestanden. Die sozialpolitischen Gründe, welche der Reichskanzler anführte, sind im allgemeinen nicht zureichend. Wenn der Staat arbeiten läßt, um die unbeschäftigten Arbeiter zu beschäftigen, so würden wir schließlich zur Einrichtung von National-Werkstätten kommen. Anders liegt es, wenn in einem speziellen Falle eine Arbeit, die doch in absehbarer Zeit vorgenommen werden soll, schneller vorgenommen wird als man beabsichtigt. Ich kann diese Gründe heute nicht würdigen. Ich kann daher heute noch nicht anders stimmen als früher. Aber ich bin bereit, die Sache in der Pause zwischen der zweiten und dritten Lesung zu prüfen. Wenn die Prüfung der Gründe des Reichskanzlers ergeben sollte, daß die Nachteile der Nichtbewilligung größer sind als die Vortheile, dann würde ich in der dritten Lesung anders stimmen. Ich mache davon heute schon Mitteilung, damit nicht daraus unliebsame Schlüsse gezogen werden. Ich spreche dabei ausdrücklich nur in meinem Namen. (Weiterkeit links; Beifall im Zentrum.)

Abg. Tscheln (natl.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß die Freistimmigen, welche sonst immer den Handel beschützen, für den Schutz des überseeischen Handels nichts thun. Er erzählt eine Episode aus seinem Leben, daß ein mexikanischer Gouverneur ihm und seinem Schiffe den Transport habe aufzwingen wollen, weil kein deutsches Schiff zum Schutz da war; dagegen fürchtete er sich, eine solche Zimmthung den größeren englischen und amerikanischen Schiffen zu stellen, weil er wußte, daß sofort Kriegsschiffe Amerikas und Englands erschienen wären. Wenn die deutschen Schiffe sich nicht häufig zeigen, dann glaubt man schließlich im Auslande, wir hätten gar keine Schiffe. Die jüngsten Ereignisse in Chile haben gezeigt, daß die südamerikanische Station dauernd besetzt werden muß, denn wir haben dort ebenso große Interessen als in Japan und China. Ich glaube im Namen der meisten Parteien des Reichstages zu sprechen, wenn ich den Offizieren und der Besatzung des Kreuzergeschwaders, welche in Chile sich tapfer bewährt haben, den Dank ausspreche.

Abg. Richter (Str.): Selbst wenn wir die englische Flotte hätten, könnten wir den deutschen Handel nicht so schützen, wie der Vordredner es verlangt. Der deutsche Handel hat sich überhaupt entwickelt, ohne jeglichen Schutz der deutschen Flotte, denn er ist älter als die deutsche Flotte. Die Inanspruchnahme der Flotte für den politischen Dienst ist von Seiten der Marine selbst früher als eine Schwächung betrachtet worden. Für die Kreuzerkorvette K ist überhaupt das Personal noch gar nicht da. Der Hinweis auf die Alabama ist nicht durchschlagend, denn sie

war ein einzelnes Schiff und ein solches Schiff haben wir ja, die Korvette J, wir brauchen also kein zweites. Für uns ist diese Frage eine wesentlich finanzielle. In der letzten Zeit haben die Ansichten über die Schiffstypen so schnell gewechselt, daß wir bedenklich werden müssen und warten wollen, bis Korvette J gebaut ist und wir sehen, was wir daran haben. Bezüglich der Werften habe ich immer dahin gestrebt, daß ein gleichmäßiger Bau der Schiffe aufrecht erhalten wird, damit der Stamm von Arbeitern erhalten bleiben kann, daß der Bau nicht forciert wird, wodurch viele Arbeiter herangezogen werden, die nachher plötzlich wieder entlassen werden müssen. Unter dem General von Stosch konnten die Werften nur 9/10 Millionen Mark bewältigen. Die Marineverwaltung hat jetzt noch 12—13 Millionen aus den früheren Bewilligungen zur Verfügung. Wenn man zurechnet, was jetzt bewilligt werden soll, so ergeben sich 32 Millionen Mark, das ist das Vierfache von dem, was der frühere Chef der Admiralität jährlich für nothwendig hielt. Bei allem Interesse für die Privatindustrie halte ich doch die Forderung für unburchführbar, daß wir der Privatindustrie wegen Summen bewilligen. In erster Linie muß für Arbeit auf den kaiserlichen Werften gesorgt werden. Daß der Reichskanzler, der den Nothstand der Arbeiterbevölkerung vor wenigen Monaten leugnete, ihn heute anerkennt, wenigstens für Stettin, ist interessant. Wenn wir auf dieser Bahn weiter gehen, dann genügen keine 32 Millionen Mark; denn was für Stettin recht ist, ist für Danzig, Kiel u. s. w. billig. Ich glaube nicht, daß wir zwischen der zweiten und dritten Lesung Momente finden werden, welche unsere Ansichten ändern. Mit England u. s. w. können wir doch nicht in Konkurrenz treten in Bezug auf die Flotte; das würde sogar unser Landheer schwächen. Wir genügen hier einer politischen Pflicht, wenn wir heute erklären, die finanzielle Leistungsfähigkeit ist überschritten durch den forcierten Schiffsbau der letzten Jahre. (Zustimmung links.)

Abg. Dahn: Wenn es sich darum handeln würde, eine große Anzahl von Schiffen desselben Typus zu bauen, dann würde das Warten auf die Fertigstellung des ersten richtig sein; aber es handelt sich hier nur um zwei gleiche Schiffe. Das zweite muß verfügbar sein, um die auf dem einen ausgebildeten Mannschaften im Kriegsfall auf beiden verwenden zu können. Das Reich ist nicht in der Lage, zur Beschäftigung Arbeitsloser Arbeiten vornehmen zu lassen, welche es sonst nicht vornehmen würde. Etwas anderes ist es, Arbeiten, die man doch würde vornehmen müssen, früher vorzunehmen. Manche rufen ja nach Arbeit, ohne Lust zum Arbeiten zu haben; andere aber wünschen wirklich Arbeit. Ist denn das Brot billiger geworden seit der Ermäßigung der Getreidezölle? (Zuruf links: Ja.) Diese Frage hängt überhaupt gar nicht hiermit zusammen. Ich habe auch noch ein Herz für die Arbeiter der Industrie, denn nicht etwa die Unternehmerinteressen sollen dabei gefördert werden. Gerade im Interesse der Vervollkommenung unseres Schiffbaues haben wir nicht bloß die kaiserlichen Werften zu berücksichtigen, sondern gerade auch die Privatwerften, die sich gegenseitig ergänzen müssen. Meine politischen Freunde sind von vornherein für die Bewilligung gewesen; wir werden nicht bis zur dritten Lesung warten mit unserer Zustimmung.

Abg. Haerle (Demokrat) erklärt sich gegen die Bewilligung.

Abg. Richter (Str.): In diesem Jahre wird für Schiffsbauten so viel gefordert wie niemals vorher. Es sind jetzt schon 20 Millionen Mark bewilligt worden. Für die Oseerwerftbelegung ist hinreichend gesorgt durch die Küstenbesetzung und das Torpedowesen. Die Panzerschiffe sind in Angriff genommen, weil man sagte, der Typus dafür stände fest. Man erzählt aber jetzt schon, daß die Armirung so geändert werden soll, daß drei Schiffe dasselbe leisten können, wie früher vier. Diese Neuerungen können an den schon im Bau begriffenen Schiffen nicht angebracht werden. 1889 hieß es in der Denkschrift, daß die vorhandenen Kreuzerregatten und Kreuzerkorvetten älteren Ursprungs auf Jahre hinaus ausreichen für die Entfaltung größerer Machtmittel auf den Stationen. Wir haben 12 Kreuzerkorvetten und 6 Kreuzerregatten, darunter solche, die erst 1885 und 1887 vom Stapel gelassen sind. Daß die Herzen höher schlagen, wenn ein Schiff ankommt, ist dasselbe, als wenn in eine Dorfsgemeinde, wo man während des ganzen Jahres keine Soldaten sieht, ein schmales Infanterieregiment einrückt. Da schlagen auch die Herzen höher. Die Geschichte, welche Herr Tscheln erzählte, stammt aus dem Jahre 1892. Wie kann man die damalige Flotte Deutschlands mit der heutigen vergleichen. Für den Frieden reichen die Fahrzeuge aus und für den Krieg sind auch einige Schiffe vorhanden und eines wird neu gebaut. 1873, wo man noch aus den Milliarden bauen konnte, sagte eine Denkschrift, welche die Grundlage bildet für die Flotten-Gründung, daß vom Schutze des Handels im Kriegesfalle keine Rede sein könne; man sah damals ab von dem Bau von Schiffen für den Kreuzerkrieg. Der neue Plan stammt erst aus den letzten Jahren und heute geht man schon über den Plan von 1888—89 hinaus. Die Kreuzerkorvetten sollen nach dem, was in der Kommission gesagt ist, verwendet werden, um die kleineren Kreuzer zu sammeln und eine Flotte zu bilden, die einen regelrechten Kreuzerkrieg führen solle. Es wird hier heute so dargestellt, als ob mit der Kreuzerkorvette ein Theil der sozialen Frage entschieden wird. Wenn die Frage wirklich zur Entscheidung kommt, können die Verhältnisse schon anders liegen. Bisher haben die Konservativen davon gesprochen, daß die Arbeiter auf das Land zurückgehen sollen; die Eisenbahn-Preise sollen nicht ermäßigt, es sollen Eingezugelder erhoben werden u. s. w. Jetzt begeistert man sich dafür, die industriellen Arbeiter durch besondere Arbeiten in den Städten festzuhalten. Wer will denn entscheiden, ob die Bewilligung nicht doch vortheilhafter ist für die Dividenden der Aktionäre als für die Arbeiter? Wir wird gefragt, daß der Vulkan von einem gewissen Flottenenthusiasmus angeleitet ist und seine Einrichtungen überpannt hat. Es handelt sich, wenn wir nicht zu uferlosen Plänen kommen sollen, doch nur um eine Frage der Zeit, bis wir die Schiffsbauten vermindern müssen. Die Fürsorge für ein einzelnes privatindustrielles Werk ist doch bisher noch niemals in den Vordergrund getreten. Handelt es sich denn bloß darum, daß hier die Millionen bewilligt werden? Die Millionen, die hier bewilligt werden, werden doch den Privat-Haushalten entzogen entweder durch Anleihen oder durch Steuern. Es ist aber eine gewisse Stocung in den Erwerbsverhältnissen begründet darin, daß große Summen für die Marine und das Landheer in Anspruch genommen sind. Durch die Beschäftigung einiger hundert Arbeiter des Vulkan wird das nicht geändert.

Abg. von Bennigsen: Ich bin mit meinen Freunden gern bereit, der Anregung des Grafen Ballestrem zu folgen und zu versuchen, ob wir zwischen der zweiten und dritten Lesung eine Mehrheit für die Fortsetzung erlangen können. Das Hochgefühl der Deutschen im Ausland ruht nicht bloß davon her, daß die deutsche Flagge gezeigt wird, sondern daher, daß Deutschland jetzt auch stark genug ist, überseeische Interessen selbst zu vertreten, während die Deutschen sonst bei fremden Ländern unterdrückt wurden. Es ist genügend, wenn in den überseeischen Ländern die Behörden wissen, daß Deutschland unter Umständen ein Kriegsschiff entsenden kann.

Als der Aufstand in Chile ausgebrochen war, äußerten die Presseorgane der Hauptstädte sich sehr erregt darüber, daß die deutschen Interessen nicht geschädigt würden. Der Reichsminister sagte: „Wir hatten damals keine verfügbaren Schiffe; man hat sich erst später entschlossen, sie von der ostasiatischen Station nach Chile zu kommandieren. Die Minderheit des Hauses wollte die Korvette überhaupt nicht bewilligen, aber die Mehrheit wollte sie nur zurückstellen; sie sollte in den nächsten Jahren gebaut werden. Es handelt sich also nur darum, ob man die Zinsen für ein Jahr mehr ausgeben will oder nicht; es handelt sich also nur um 70 000 M. Das fällt für unsere Finanzen nicht so sehr ins Gewicht. Niemand im Hause wird daran denken, unsere Flotte der englischen und französischen gleichzustellen; aber es kann wohl verlangt werden, daß in Verteidigung und Angriff unsere Flotte etwa der russischen Flotte gleichkommt. Deshalb sind die Beratungen auf die früheren Denkschriften nicht entscheidend; denn seitdem sind die Anstrengungen und Bauten in Russland sehr erheblich fortgeschritten. Auch wenn die Kreuzerflotte bewilligt wird, bleiben immer noch mehrere Millionen an Abschritten übrig. Wenn es sich nur um den „Dulkan“, um ein großes Privatunternehmen handelte, so könnte man darüber hinweggehen. Die Arbeiter dieser Werke gehen nicht aus Land; sie sind technisch geschulte Arbeiter. Aber unsere Marineverwalter reichen nicht aus, um alle Bauten zu bewilligen, wir haben die Hexenzahlung der Privatindustrie verlangt, aber die Schiffe sollen nicht auf ausländischen Werften gebaut werden. Deshalb müssen die Werften ständig beschäftigt werden, damit sie nicht ihr geschultes Personal zu entlassen brauchen. Das ist im Interesse unserer Marineverwaltung.“

Hg. Barth (Fr.): Das Ansehen Deutschlands wird nicht dadurch vernichtet, daß ein paar Schiffe mehr in der Welt umherschwimmen. Die Macht und das geglättete Ansehen Deutschlands allein sind ausreichend, um die deutschen Interessen im Auslande besser zu schützen als früher. Beim Ausbruch eines Krieges kann der eigene Handel durch Kreuzer nicht geschädigt werden; nur die fremde Handelsflotte wird durch die Kreuzer beeinträchtigt, ohne daß dadurch der Ausgang des Krieges auch nur im geringsten beeinflusst wird. Ich habe aus den Kommissionsverhandlungen durchaus nicht den Eindruck gewonnen, daß es sich hier nur um eine Verschiebung der Bewilligung bis zum nächsten Jahr handelt. Sollen wir einen Bau, von dessen Nothwendigkeit wir jetzt nicht überzeugt sind, nur deshalb vornehmen, um ein Privatunternehmen zu unterstützen oder auch um eines allgemeinen sozialpolitischen Zweckes willen? Diefelbe Argumentation wird schließlich von andern Anstalten auch angewendet werden können. Die Fabriken für Lokomotiven, Wagen u. s. w. können ebenfalls Staatsarbeiten verlangen, weil sie sonst Arbeiter entlassen müssen. Den Nothstand will ich nicht leugnen; er ist durch die schlechten Gewinne des letzten Jahres herbeigeführt worden. Aber wir dürfen nicht anregen, daß man sich in solchen Nothständen an das Reich und die Einzelstaaten wendet.

Staatssekretär Hollmann: Ich habe in der Kommission ausgeführt, daß unsere Flotte hinter der russischen etwas zurücksteht und bald noch mehr zurückstehen wird, weil die Russen große Anstrengungen zur Verbesserung machen.

Hg. von Henk weist darauf hin, daß in den letzten Jahren der Schiffbau nicht gefördert ist; er hat längere Zeit fast vollständig geruht, deshalb war es nothwendig, den Bau etwas schneller zu betreiben, um jede Gefahr fern zu halten.

Darauf wird die weitere Beratung um 5 1/2 Uhr bis Dienstag 1 Uhr vertagt.

Parteinachrichten.

Ihr wahres Gesicht haben die Herren vom Deutschfreisinn und die mit ihnen verbündeten Nationalliberalen dieser Tage wieder einmal in Kiel gezeigt. Dort war es nämlich unseren Genossen gelungen, zwei Vertreter in das Stadtverordnetenkollegium zu wählen. Darüber nun großes Geheul und Zähneknirschen im liberalen Jernal an der Ostsee. Der Magistrat wurde beauftragt, ein Anklamsmittel gegen die „rothen Eindringlinge“ zu beschaffen und diese liberalen Wilden auch wirklich nach. Wäher war in Kiel jeder Bürger Wähler, welcher ein Einkommen von 600 M. versicherte, diese Steuergrenze wurde nun auf die doppelte Höhe hinaufgesetzt, nämlich auf 1200 M., und nun glaubt der Kieler Freisinn, zu dessen Zierden die Reichstags-Abgeordneten Professoren Dr. Hinkel und Frell zählen, vor den Ansturz gelichtet zu sein. Ein Wort der Kritik an dieses Vorgehen der Führer der holländischen Deutschfreisinnigen zu knipsen, lohnt sich kaum. Die Konstatieren nur die Thatfache; im Uebrigen sind die Kieler Freisinnigen so gut und so schlecht, wie ihre Parteigenossen überall.

Ein Dresdener Pastor leistete sich in einer Sitzung des dortigen Zweigvereins des Evangelischen Bundes über die Sozialdemokratie folgenden heiligen Unfuss: „Sie hat es eine so reaktionäre Partei gegeben wie die Sozialdemokratie; sie weckt den Dreck der römischen Priester und so werden wir auch in geistiger Hinsicht immer mehr durch die Sozialdemokratie zurückgedrängt. Man wird die Hilfe der römischen Geistlichkeit annehmen, um die Sozialdemokratie zu bezwingen.“

In Achim bei Bremen fand am 21. Februar eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse M. Mager aus Verden über die Grund- und Bodenfrage referirte, wobei er auch der „geistigen“ Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Reaktionäre und besonders durch die Geistlichkeit gedachte. Aus der Versammlung fiel dabei der Zwischenruf: „Pastor Müller aus Goldenstedt!“ In einer Resolution erklärte sich die Versammlung mit den Ausführungen des Redners einverstanden und verpflichtete sich, nach Kräften für die Sozialdemokratie zu agitieren. Auch die Presse wurde besprochen und dabei zu reichlichem Abonnement auf die „Bremer Bürgerzeitung“ und die „Gleichheit“ aufgerufen. — Gleichfalls in Achim fand am 21. Februar eine Extraversammlung statt, in welcher über die Landtagung verhandelt wurde. Für diesen Zweck reichten die Parteigenossen von Verden, Achim und Dornum die Summe bis zu 300 M. zur Verfügung. Mit der persönlichen Ausübung der Agitation wurden die Genossen L. Pünger aus Achim und Gust. Schwabe aus Verden beauftragt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Gelsenkirchener. In einem mit den Worten „Wehe den Beflegten!“ überschriebenen Artikel, welcher nach dem Streik 1891 in der „Zeitung deutscher Bergleute“ erschien, lautet die Einleitung: „Wenn schon während des Streiks die Regierung alles Mögliche gethan, um denselben niederzuhalten, und wenn ihre Organe, die Polizei und Gendarmen, sich Uebergriffe erlaubten, wie sie einzig dastehen, so kann es nicht Wunder nehmen, wenn die Sieger durch die Maßnahmen der Regierung bestraft“ etc. etc. In dem Ausdruck „Uebergriffe, wie sie einzig dastehen“, erklären die Polizei- und Gendarmen-Beamten des Regierungs-Bereichs Arnberg eine Beleidigung seitens des Redakteurs K. Ruch; über dieselbe hatte nach zweimaliger Aussetzung am 20. Februar die Strafkammer Offen zu verhandeln. Die Anklage stützt auf § 187 (verklümmertes Beleidigung). Einem von der Verteidigung gestellten Antrage, jegliche Bemerkung auszusprechen, da polizeiliche Uebergriffe eines Artzuges sind, wurde nicht stattgegeben. Die Beweisaufnahme ergab, daß man den freitenden Bergleuten Flugblätter enthalte, obgleich dieselben weder konfiscirt noch verboten waren. Ein Bergmann, der über die Strafe gehend seinen Kameraden zugriffen hatte: „Morgen ist Versammlung“, wurde verhaftet und mehrere

Stunden eingesperrt. Ein Anderer wurde verhaftet und dem-malen gefesselt, daß sich noch am anderen Tage Schwellungen an seinen Händen bemerkbar machten. Erst auf wiederholtes Bitten ist er, nachdem er eine geraume Weile geschlossen im Gefängniß gefesselt, losgemacht worden, um sich den Gütern, der von einem Gesichtsgeschwür herrührte, abzuwaschen zu können. Auf einen Trupp Bergleute, die sich am 29. April in der Nähe des Schachtes Elgeret befanden und beim Herannahen der Gendarmen auselanderstühten, ist seitens dieser ohne Weiteres geschlossen worden. Einem Bergmann, der sich bei diesem Trupp befand, fuhren die Gendarmen mit den Worten an: „Haute Bande, wolle Ihr nicht arbeiten?“ Zwei Bergleute wurden von zwei Gendarmen ergriffen, zuerst geohrfeigt, dann mit ihren eigenen Stöcken weidlich durchgeprügelt, sodann an einander geschlossen ins Gefängniß transportirt, wo man sie aneinander geschlossen etwa 4 Stunden sitzen ließ. Der vernommene Gendarm entschuldigte sich, nicht er, sondern sein Kamerad habe den Schlüssel gehabt. Nachdem die beiden so Heringefallen 7 Wochen in Untersuchungshaft verbracht hatten, wurden sie entlassen und haben von der ganzen Sache nichts weiter gehört. Die Polizisten gaben mit Ausnahme eines einzigen, welcher seine Aussage über verschiedene Vorkommnisse verweigerte, keine bestimmte Auskunft. Die Entlassungszeugen des Angeklagten Ruch dagegen machten ganz bestimmte Aussagen und griffen sich aus der Zahl der anwesenden Beamten den jeweiligen Sänder heraus. Angesichts solcher Thatfachen mußte der Staatsanwalt wohl oder übel die Anklage auf § 187 fallen lassen, beantragte aber trotzdem eine Geldstrafe von 300 M. und gab es dem Gerichtshofe anheim, diese auf Grund des § 188 festzusetzen, welcher von Beleidigung durch Behauptung nicht erweislich wahrer Thatfachen spricht. Hiergegen verwarfte sich Ruch, da die That-sachen vollständig erwiesen seien. Die Verteidigung wies die Nichtigkeit der Anklage nach, freilich die jüngst am Tagelicht gegangenen Soldatenmishandlungen, die beweisen müßten, was man von dem aus dem Soldatenstande hervorgehenden Gendarmen zu erwarten habe. Bei dem meist niederen Bildungsgrade dieser Leute gebe es ohne Uebergriffe gar nicht ab; in unserem Staate sei man daran gewöhnt. Vom Vorsitzenden unterbrochen, der dieses nicht auf Alle bezogen haben wollte, wiederholte der Verteidiger die Aeußerung und wollte für den Angeklagten den § 193 in Anwendung gebracht haben. Wenn das in diesem Falle nicht geschehe, so müge man die ganze Pressefreiheit und den § 193 aufheben. Doch anderer Ansicht als der Herr Verteidiger, Justiz-rath Niemeyer, der sich übrigens von vornherein dagegen verwarfte, auf dem politischen Standpunkte des Angeklagten zu stehen, war das Gericht. Es verurtheilte den Genossen Ruch auf Grund des § 185 zu 60 M. Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängniß, weil in dem Artikel kein bestimmter Personkreis, sondern sämtliche Beamten gemeint seien. Der Schuld des § 193 könne dem Redakteur nicht zugerechnet werden, weil es viel richtiger sei, den Vorgesetzten der ihre Amtsbefugnisse überschreitenden Beamten von solchen Vorkommnissen Anzeige zu machen. Erst wenn man dabei keinen Erfolg sehe, sei es berechtigt, an die Oeffentlichkeit zu treten — eine Begründung, die das Reichsgericht hoffentlich nicht aufrecht erhalten wird.

Redakteur Otto Stolten vom „Hamburger Echo“ hat am 27. Februar eine dreimonatliche Gefängnisstrafe in der Raboschwärze zu Hamburg angetreten, die ihm wegen Beleidigung des Hamburger Polizeihandlungsamtes auferlegt ist.

In Staßfurt sind die acht Zeugen, welche in den bekannten Meinelidprozess vor dem Magdeburger Schwurgericht entlastend ausfragten, am Sonntag Abend verhaftet worden.

Lokales.

Die Straßentumulte sind als erloschen zu betrachten. Der ganze Sonntag verlief ruhig und ohne Störung, bürgerliche Hölzer bringen noch einige Alarmnotizen aus der Umgegend, die auf ihren tatsächlichen Untergrund aber unkontrollierbar sind. Doch die Korrespondenten auswärtiger Blätter die gewissenlosesten Mittheilungen ihren Zeitungen telegraphirten, kann bei der Natur der Presse nicht Wunder nehmen. Die Münchener Allgemeine Zeitung — ein Bismarckblatt niedrigerer Sorte — verübt die Berliner Sozialdemokratie hinterhältig zu denunciren. In dem ordinären Geschwafel des Blattes wird es so dargestellt, als ob zwischen dem Mob und den sozialdemokratischen Arbeitern überhaupt kein Unterschied existire. Und kann die Sympathie des Herrn Korrespondenten für das Strolathum gleichgültig sein, wie leicht schöpft er seine vermeintliche Kenntniß aus seinem unmittelbaren Umgang.

Ein ähnlicher Bursche ist der Träger der „Magdeb. Zig.“ Auch er giebt seiner Vorliebe für das Louisthüm unverhohlen Ausdruck, und da er sich so sehr für die Ballonmüthe interessirt, darf man auch wohl hier sagen: „Gleiche Brüder, gleiche Kappen!“

Zum Kapitel der Korruption in Kunst und Literatur schreibt man uns: Sie haben nur zu Recht mit Ihrer Schilderung dieser traurigen Zustände. Wer nicht ins Horn der kapitalistischen Kluge bläst, oder ihr gar entgegenzutreten wagt, wird in einer Weise boykottirt, die das „Volk der Denker und Dichter“ in wuchtig herrlichem Lichte erscheinen läßt. Ein kleiner Beitrag dazu ist folgender Brief, der aus der Kanzlei des freisinnigen Ab-gordneten und Rechtsanwalts Mundel hervorgeht, wenn er auch A. Mandel, Rechtsanwalt und Notar, Berlin N. W. 40, Roosenstr. 9.

Berlin, 16. Februar 1892.
An die Verlagsbuchhandlung von Georg Stille hier.

In Ihrem Verlage sind gesammelte Artikel erschienen, welche der hiesige Schriftsteller Herr Maximilian Harden unter dem Schriftstellernamen „Apostata“ verfaßt hat. Jedenfalls enthält die Nr. 5 der „Gegenwart“ vom 30. Januar d. Js. eine An-kündigung solcher Artikel.

In derselben Nummer ist auch ein mit „Apostata“ gezeichneter Artikel mit der Ueberschrift „Pragers“ erschienen. Wegen dieses Artikels habe ich im Auftrage des Herrn Dr. Prager gegen den Verfasser die Privatklage gestellt und werde, da ich an dem Erfolg der Klage nicht wohl zweifeln mich verpflichtet, Ihnen hiervon für den Fall Harden in einer weiteren Sammlung die Ver-öffentlichung wiederholen und diese Ver-öffentlichung etwa in Ihrem Verlage sollte vornehmen wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
F. Mandel, Rechtsanwalt.

Bezuß näherten Verständnis sagen wir nur noch hinzu, daß Herr Harden in einer Reihe von Fällen der kapitalistischen Korruption in Kunst und Literatur entgegentrat. Dafür hat man ihm theilweise schon die Freiheit vernichtet, theils sucht man sie ihm noch abzugraden. Es ist nicht unser Beruf, näher auf alle diese Machinationen einzugehen, denn Herr Harden ist selbst gebrüger Zeit thun. Der mit dem Stempel des Herrn Mandel seu. geschmückte Brief des Herrn Mandel jun. gehet den Verleger des Herrn Harden, der mit der ganzen, übrigens neun Tage nach diesem Briefe eingegangenen Klage des angeblich beleidigten Herrn Prager und der ebenfalls mit Hilfe des Herrn Mandel gegen Harden lagbar gewordenen Frau Prager schlechter-

dings gar nichts zu schaffen hat, zu ängstigen und von dem weiteren Verlage Harden'scher Schriften abzuschrecken. Es thut nichts zur Sache, daß Herr Mandel diesmal an den Unrechten gekommen ist; es ist die edle Absicht, die den Mandel'schen „Freisinn“ ziert.

Von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft wurde gestern ein Schloffer wegen Arbeitsmangels entlassen. Auf dem Abgangszugniß, daß derselbe bekam, war aber nicht diese Ursache der Entlassung, sondern vielmehr angegeben, der Schloffer sei auf seinen Wunsch ausgetreten. Der Grund dieser merkwürdigen Unrichtigkeit ist darin zu suchen, daß man nicht schwarz auf weiß bescheinigen wollte, daß auch bei jener Gesellschaft jetzt nicht viel zu thun ist.

Ein Tadelndes hat hier längere Zeit besonders Juwelier läden heimgesucht. Der Dieb, ein gut gekleideter junger Mann, operirte in der Weise, daß er vorgab, der Sohn der Wittin Ortiola oder auch der „Frau Wollschläger“ zu sein, sich unter diesem Vorgeben für die fingirten Adressen Goldschmied vorlegen ließ und diese Gelegenheit benutzte, allerlei Sachen verschwinden zu lassen. Er ist jetzt abgefaßt, und man hat bei ihm einen Ring gefunden, der augenscheinlich ein Deutsches ist. Der kleine neue goldene Ring enthält einen 4 Jour gefassten Saphir und um diesen herum 12 Brillantrosen und an jeder Seite 4 Brillant-spitzer. Kelognoszenten des Ringes wollen sich im Polizei-Prä-dialgebäude, Zimmer 97, in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr melden, ebenso Geschäftsleute, denen in der letzten Zeit Sachen unter oben beschriebenen oder ähnlichen Vorgängen ab-handen gekommen sind.

Ein Durchgänger wird von der Hamburger Polizeidirektion der hiesigen Kriminalpolizei signalisirt. Es ist der Kommiss Karl Kurlebusch, geboren am 8. August 1854, der nach Unter-schlagung von 1000 M. und Falschung eines Post-Einlieferung-scheines aus Hamburg verschwunden ist. Auf die Ergreifung des Durchbrechners, der an dem trunkenen kleinen Finger der linken Hand besonders kenntlich ist, hat die Polizeidirektion eine Be-lohnung von 500 M. ausgesetzt. Er wird beschrieben als ein mittelgroßer Mann von schlanker Statur, hat schwarzes Haar mit Glatze am Haarwurzeln, starken schwarzen Schnurrbart und Bartfelleiten, hohe Stirn, braune Augen und schwarze Augen-brauen und längliches Gesicht. Er trägt blauen Winterüberzieher und blaues kariertes Hofen und fährt einen schwarzen Regen-schirm mit Silberplatte bei sich.

Ein entsetzliches Brandunglück, welchem ein Menschen-leben zum Opfer gefallen ist, hat sich Sonnabend Nachmittag auf dem Grundstück Hochstraße 23 ereignet. Der Inhaber der Berlin-Nachener Spiegelmanufaktur Röder, Meyer u. Ko., Herr Jakob Röder, ist in seinem Laboratorium verbrannt. Herr Röder be-trieb auf dem ihm gehörigen Grundstück ein umfangreiches Spiegelfabrikations-Geschäft, er stellte aus Glascheiben, die auf der Rückseite mit Silber plattirt und dann mit einem Lack überzogen werden, Spiegelcheiben her. Der hierbei in Verwendungs kommende Lack muß gewisse Eigenschaften, namentlich eine große Widerstandsfähigkeit gegen Feuchtigkeit besitzen, und Herr Röder war im Besitze eines Rezeptes für eine vorzügliche Lackmischung, welche Geheimniß der Firma war. Im Kellergefchoß des linken Seitenflügels des Lauergebäudes hatte sich Herr Röder zur Fertigung dieser Lackmischung ein Laboratorium eingerichtet, er hütete das Ge-heimniß der Mischung sorgsam und stellte die Lackmischung immer ohne fremde Hilfe zusammen. Auch als das Unglück geschah, war er mit dem Kochen dieser Lackmischung beschäftigt. Herr Röder mochte kaum eine halbe Stunde im Laboratorium gewesen sein, als die Hausbewohner durch biden, aus den Kellerräumen dringenden Rauch alarmirt wurden. Man öffnete die Thür zum Laboratorium und sah den Raum schon völlig in Flammen stehen. Zwei Arbeiter, welche wußten, daß Herr Röder im Laboratorium war, machten sich sofort ans Rettungswerk und nach mehrmaligen des penetranten Rauches wegen vergeblichen Versuchen gelang es ihnen auch, Herrn Röder an die frische Luft zu bringen. Doch das Leben war schon aus dem Körper ge-wichen. Der im Alter von 45 Jahren stehende Mann war erstickt und verbrannt zugleich. Sein Gesicht und die Hände waren vollständig verlohrt. Inzwischen war die Feuerwehr alarmirt worden. Doch noch ehe dieselbe kam, waren die zahlreichen Hausbewohner des Hauses Herr geworden. Nachdem das Feuer gelöscht war, untersuchte man den Raum des Laboratoriums und fand ihn arg verunstaltet. Ein Ballon, der ein größeres Quantum Terpentin enthielt hatte, lag zertrümmert am Boden, er war explodirt. Ebenso war aus den Gasleitungen, die von zwei großen, im Laboratorium aufgestellten Gasometern ausgehen und das Haus mit Gas versorgen, Gas ausgetreten. In dem Gasausstromen ist wohl auch die Ursache des Unglücks zu suchen. Um den Lack kochen zu können, hatte Herr Röder ein Kohlenfeuer angezündet, auf dem der Kessel mit der Lackmischung stand. Die ausströmenden Gase mußten sich nun mit dem Feuer verbunden haben und explodirt sein. Das nun im ganzen Raume entstandene Feuer hat dann verunmuthlich auch noch das Terpentin zur Explosion gebracht. Herr Röder dürfte durch die Gase be-täubt worden sein und hat den Ausgange nicht mehr gefunden. Die Flammen haben dann weiter geledt und schließlich auch ihn ergriffen.

Der Möderer Bäcker und Gastwirth Albert Weigelt, der, wie wir schon berichteten, seinen Schwiegerater, den Al-tsther Karl Wallner, durch mehrere Revolvergeschosse ge-tödtet hat, ist bisher noch nicht ergriffen worden. Die Polizei-verwaltung von Snowraglav hat auf seine Festnahme eine Belohnung von 100 Mark ausgesetzt und theilt eine Verwoh-lständigkeit des Signalements hierher mit. Danach ist der Möderer 33 Jahre alt, 1,73 Meter groß, hat hellblondes Haar und gleich-farbigen Schnurrbart, blaße Gesichtsfarbe und blaue Augen, nicht allzu schwer dürfte er an seiner nach oben gebogenen Nase, einem schielenden Auge und der stotternden Sprache zu erkennen sein. Der Verfolgte trägt eine dunkle Stoffmütze mit Schirm, dunklen Schofirock, graue Hofen und verunmuthlich dunkles Halstuch und lange Schaststiefel. Es ist wahrscheinlich, daß er einen sechsblühigen Revolver und einen gelblichen Stock mit schwarzlichen Ringeln bei sich führt und noch im Besitze von mehreren 10-Markstücken ist.

Das zahnärztliche Institut des Zahnarztes Robert Wolf, Chausseestr. 123, am Dranienburger Thor, ist geöffnet von 8—10 und 4—7 Uhr. Zahnziehen und Behandlung unent-geltlich. Für Gebisse und Plomben werden die Auslagen berechnet.

Polizeibericht. Am 27. v. M. Nachmittags brach in dem Keller des Hauses Hochstr. 23, wo der Fabrikant Röder Terpentin abkochte, Feuer aus und wurde Röder von der Feuer-wehr mit schweren Brandwunden am Kopfe und an den Händen todt aufgefunden. — Am 28. v. M. Vormittags wurde ein 7-jähriger Knabe vor dem Hause Reichensbergerstr. 159 von einem Padelwagen überfahren und am Fuße verlehrt. — Im Thier-garten auf dem Kleinwege längt der Hofsänger-Müller wurde Mittags ein Rentier von seinem durchgehenden Pferde abgenommen und erlitt einen Bruch des Unterschenkels. — In der Nacht zum 27. v. M. entstand auf dem Außenbahnhofe in der Frettag-Ku-stall eine Explosion, wobei der Hilfsmaschinenwärter bedeutende Brandwunden am Kopf und am Arm erlitt. Er wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. — Am 27. und 28. v. M. sanden sich keine Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten Kehler zu Magdeburg hatte sich gestern der Redakteur der „Volk-Zeitung“, Julius Kehler vor der I. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Die „Volk-Zeitung“ beschäftigte sich am 6. September v. J. ebenso wie andere Preßorgane zu jener Zeit mehrfach mit dem Polizeipräsidenten von Magdeburg. Derselbe hatte dem Allgemeinen Arbeiterverein zu Magdeburg, welcher am 6. September sein Stiftungsfest in Gestalt eines Tanzveranstaltungs abhalten wollte, durch Verfügung vom 31. August die Abhaltung dieses Tanzveranstaltungs ohne polizeiliche Genehmigung untersagt, da die Zulassung von Gästen gestattet sein sollte. Der Verein führte Beschwerde beim Regierungspräsidenten, dieser suspendierte die Verfügung und das Tanzverbot konnte stattfinden. — Diese Vorgänge besprach die „Volk-Zeitung“ in Nr. 211. Sie wies darauf hin, daß der Polizeipräsident von Magdeburg derselbe sei, bei dessen Verhaften selbst der „Post“ die Gasse überlaufen sei, sprach im weiteren von „polizeilichen Uebergriffen und Bevormundungsversuchen“, von einem „Ueber-eifer, der die Schranken des Gesetzes übersteigt“, und schloß den Artikel etwa wie folgt: „Wer darüber wachen soll, daß Andere innerhalb der gesetzlichen Schranken bleiben, der ist doch vor allen Dingen selbst verpflichtet, dieselben zu respektieren. Vielleicht macht Minister Herrmann seine Untergebenen in Magdeburg einmal darauf aufmerksam.“ — Der Staatsanwalt erachtete diese Ausführungen für schwere Beleidigungen des Polizeipräsidenten Kehler und beantragte gegen den über- und unterstrafte Angeklagten 1 Monat Gefängnis. — Rechts-anwalt Albert Träger betonte, daß der Polizeipräsident Kehler noch immer die Presse vielfach beschäftige. Derselbe müsse als Polizeipräsident die Befugnisse sogenannter geschlossener Vereine kennen und müsse wissen, daß die Zulassung von Gästen noch nicht eine polizeiliche Erlaubnis notwendig mache. Dem Polizeipräsidenten Kehler sei es gelungen, den Unwillen weiter Kreise und auch der Magdeburger Stadtverordneten-Versammlung zu erregen und der Angeklagte habe sich bei dem scharfen Angriff innerhalb der Schranken der erlaubten Kritik gehalten. Gerade die von der Anklage hauptsächlich hervor-gehobenen Ausdrücke seine Zitate aus der freikonservativen „Post“, gegen welche Herr Kehler keinen Strafantrag gestellt habe und die doch gewiß nicht aus Oppositionslust ihre Stimme erhoben hat, sondern um die Autorität zu stärken. Dasselbe sei auch bei „Volk-Zeitung“ der Fall. Der Verteidiger beantragte Frei-sprechung eventuell aber amtliche Auskunft des Regierungs-präsidenten und des Oberpräsidenten von Magdeburg darüber, daß verschiedene Bestimmungen des Herrn Kehler als ungerechtfertigt und von den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprechend abgeändert worden seien und derselbe auch von den Gerichten wiederholt die Belehrung empfangen, daß verschiedene seiner Ver-fügungen unbegründet seien. — Der Gerichtshof hielt, selbst für den Fall, daß diese Behauptungen zuträfen, eine Beleidigung für vorliegend und erkannte auf dreihundert Mark Geld-buß e eventuell 30 Tage Gefängnis.

Unter der Beschuldigung des versuchten Watermordes war am 6. Dezember v. J. der 15jährige Dreher Hugo Buchholz in Haft genommen worden, die gegen denselben gerichtete Anklage, welche gestern vor der I. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde, ist aber auf vorsätzliche Körperverletzung zusammengeschmüpft. Der Vater des Angeklagten, Schlosser Karl Buchholz, wohnt in dem vierten Stockwerk des Hauses Tristritze 5 und bei ihm hatte der Angeklagte seine Schlaf-stelle. Der Vater, welcher niehst über den Durs trinkt, ver-kehrt mit seinen Kindern ziemlich hartherzig; seine sehr ver-beiratete Tochter ist aus diesem Grunde s. J. aus dem Hause gegangen und auch mit dem Sohne geriet er wiederholt in Streitigkeiten. Den letzteren wird das Zeugnis eines ruhigen Arbeiters gegeben, welcher vom Tanzstapel geplagt ist und häufiger auf den Tanzboden geht, als der alte Mann zu-gelassen wollte. Ueber diesen Punkt pfläht die Geister häufig aufeinander und besonders dann, wenn der Vater durch den Tanz aufgeregt war, kam es zu äußerst heftigen Szenen. Am 5. Dezember hatte wieder einmal eine solche stattgefunden und der Sohn, welcher die väterliche Wohnung in voller Wuth verlassen hatte, ließ direkt zu einem Waffenhändler und kaufte sich einen Revolver, um sich angeblich damit selbst zu erschießen. Der Lebensmuth kam aber wieder über ihn und er lehrte am nächsten Vor-mittag in die väterliche Wohnung zurück, wo sich sehr bald wieder ein heftiger Streit zwischen ihm und dem Vater entspann. Der letztere hatte in Erfahrung gebracht, daß der Angeklagte an jenem Abende in dem Vereine, welchem er angehörte, das Schlup-französch miltmachen wollte, er hatte ihm dies verboten, und um ihm das Tanzen zur Unmöglichkeit zu machen, hatte er den guten Anzug desselben aus dem Spindel genommen und zu der ver-beirateten Tochter gebracht. Diese witterte gleich Unwath und schickte der Sicherheit wegen ihren Gemann in die väterliche Wohnung. Als der Sohn nach Hause gekommen war, legte er den geladenen Revolver unter das Kopfkissen seines Bettes und setzte sich auf den Betttrand, während der Vater auf dem Sopha lag und eine Pfeife rauchte. Bald erwachte bei demselben der alte Groß gegen den Sohn, er sprang auf und schlug heftig auf denselben ein. Der Sohn ergriff den Revolver und gab einen Schuß in die Luft ab, um den Vater abzuschrecken, bat auch den Schwager, den Vater von weiteren Thätlichkeiten abzu-halten. Dies gelang nicht, und als der alte Mann abermals auf den Sohn einbrang, krachte plötzlich ein zweiter Schuß und der Vater stürzte mit lautem Aufschrei zu Boden. Eine Kugel war ihm unterhalb der Herzgegend in den Leib gedrungen und der schwer Verletzte mußte mittels des Ropp'schen Kranken-wagens in ein Krankenhaus geschafft werden. Der Angeklagte flüchtete zunächst zu seiner Schwester, war tief niedergedrungen und wollte sich selbst der Polizei stellen, wurde aber vor Ausführung dieses Entschlusses in Haft gebracht. Der verletzte Vater hat längere Zeit im Krankenhaus zugebracht und ist schließlich als gefaßt entlassen worden. Die Kugel ist von den Ärzten nicht gefunden worden und es liegt die Vermuthung nahe, daß dieselbe in den Magen gedrungen ist und sich dort fest-gesetzt hat. De Beweisaufnahme gestaltete sich einigmaßen un-günstig, der namentlich seiner Mutter gegenüber stets eine große Zuneigung zeigte, während auf der anderen Seite der Vater selbst zugab, daß er in angetrunkenem Zustande nicht recht wisse, was er thue und deshalb auch nicht bestritten konnte, mit der Waffe auf den Sohn eingeschlagen zu haben. Der letztere wollte die Verletzung des Vaters als einen unglücklichen Zufall hinstellen und behauptete, daß der Revolver ohne sein Wissen und Willen losgegangen sei. Zu dieser Auffassung kann der Gerichtshof aber doch nicht, wenn er das Vorliegen einer mörderischen Absicht verneint. Der Angeklagte wurde wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu 6 Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von 2 Monaten auf die Untersuchungshaft, verurtheilt.

Köln, 23. Februar. (Mohrman und der Bandwurm vor Gericht.) Ein Prozeß dieses Inhalts begann am Freitag vor der hiesigen Strafkammer. Angeklagt waren der Saitler August Salinsky von hier, der Generalagent Paul Ernst Wönderger aus Berlin und der Heilkünstler Richard Mohrman aus Berlin. Die Anklage gegen diese erfolgte wegen Betrug, fahrlässiger Körperverletzung, Antändigung von Geheimnissen und Verkauf von Arzneien, mit denen der Handel nicht freigegeben ist. Es waren mehr als hundert Zeugen geladen. Gestern Nachmittag wurde der Prozeß zu Ende geführt. Die meisten von der An-klagebehörde geladenen Zeugen bekundeten, daß sie das Band-wurm-Mittel ohne Erfolg benutzt hätten, einzelne wolle-

logar nach dem Gebrauch desselben krank geworden sein. Salinsky stellte sich freiz als N. Mohrman vor; erst als bei ihm gehandelt wurde, gab er seinen wahren Namen an. Salinsky, der keinerlei medizinische Kenntniß besitzt, auch erst kürzlich von Mohrman angestellt worden war, ordnete je nach der Konstitution des Patienten ohne jegliche Untersuchung eine Bandwurmmittel an; er sandte Bericht nach Berlin, von wo aus das Mittel, angefertigt in einer dortigen Apotheke, unter Nachnahme an den Patienten geschickt wurde. Dem Mohrman kostete das Mittel in der Apotheke 1 M., die Patienten mußten dasselbe mit 10 bis 30 M. bezahlen. Urns wurden schon umsonst behandelt. Die Sachverständigen bekundeten, daß das von Mohr-man zur Verwendung kommende Mittel das in der medizinischen Praxis allgemein gebräuchliche sei, dasselbe bestehe aus Farn-trautwurzel und Granat beim Goussio-Extrakt. Das Mittel sei gut, jedoch müsse damit sehr vorsichtig verfahren werden. Die Verteidigung hatte viele Zeugen geladen, die über die Wirkung des Mittels das Beste bekundeten, einige hatten nach ihrer Aus-sage vergedens Heilung bei Ärzten gesucht und waren erst durch das Mohrman'sche Mittel von ihrem Leiden befreit worden. Die drei Angeklagten wurden des fortgesetzten Betrugs schuldig befunden, in der Urtheilsbegründung heißt es, Salinsky habe sich den Patienten gegenüber als Richard Mohrman ausgegeben. Beim Publikum sei durch Annoncen, Plakate und das an dem Hause Salinsky's in der Richmondtstraße angebrachte Schild der Glaube erweckt worden, derselbe sei eine Autorität ersten Ranges, das Bandwurmmittel sei eine besondere Erfindung, während dasselbe in Wirklichkeit das in der Praxis allgemein gebräuch-liche sei. Manche Personen seien nicht geheilt, sondern sogar an ihrer Gesundheit geschädigt worden. Wönderger habe dies alles in Köln veranlaßt, auch alle Einrichtungen getroffen; was er gethan, sei ausgegangen von Mohrman. In den Publikationen sei dem Publikum vorgespiegelt worden, derjenige, welcher die Kur leite, sei ein sachverständiger Mann, der durch lang-jährige Erfahrung große Kenntnisse und Fertigkeit sich erworben, während in Wirklichkeit Salinsky keinerlei Kenntnisse von der Sache gehabt, sondern jeden, der zu ihm gekommen sei, für bandwurmmittelnd erklärt habe. Der rechtswidrige Vermögens-vortheil ergebe sich hieraus von selbst. Die drei Angeklagten wurden der „Köln. Ztg.“ zufolge zu je sechs Monaten Gefängnis, Mohrman außerdem zu 1500 M. und wegen Verkauf von Arzneien zu 50 M. Geldbuße verurtheilt, bei Salinsky kommen zwei Monate der Verhaft in Anrechnung. Bezüglich der übrigen Anklagepunkte erfolgte Freisprechung.

Soziale Ueberblick.

Achtung, Schneider und Schneiderinnen!
Um die Organisation und Agitation unter den Kollegen und Kolleginnen zu fördern, andererseits um die Mißstände größter Art, die in verschiedenen Geschäften herrschen, zur Kenntniß zu bringen, finden von Zeit zu Zeit Versammlungen der Werkstatt- und Geschäftsdelegirten statt. Die nächste Versammlung ist auf Mittwoch, den 2. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Leopold, Markgrafenstraße 88, anberaumt. Da viele Werkstätten und Ge-schäfte, namentlich auch der Wäntelbranche, noch nicht vertreten sind, so ist es Pflicht jedes Kollegen und jeder Kollegin, dafür Sorge zu tragen, daß jede Werkstätte und jedes Geschäft vertreten wird. Aus den verschiedenen Werkstätten der Wäntelbranche sind namentlich in letzter Zeit die lebhaftesten Klagen über Lohndruck und schlechte Behandlung laut geworden. Kechnlich sind die Ver-hältnisse in allen anderen Branchen. Daher werden die Kollegen und Kolleginnen der Maß- und Tag Schneider-Branche, der Herren-konfektion und Damenschneidererei, der Militär- und Lieferungs-branche ersucht, es nicht zu veräumen, Delegirte aus den einzelnen Werkstätten und Geschäften zu entsenden.

Vertrauensmann der Schneider und Schneiderinnen Berlins
und der Provinz Brandenburg.

Achtung! Bei D. Krüger, Fabrik chirurgischer In-strumente, Berlin, Artilleriestraße 23, ist es wegen Lokumferenz und Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde zum Streik gekommen, worauf alle Fachgenossen hiermit auf-merksam gemacht werden.

In der Spandauer Artilleriewerkstatt sind Ende Januar circa 20 Sattler wegen Arbeitsmangels entlassen worden. Es ging dann wieder ein großer Posten Arbeit ein; anstatt nun die Entlassungen rückgängig zu machen, läßt man das in Arbeit ver-bliebene Personal Ueberstunden machen.

Invaldität- und Altersversicherung. Die an der Versicherung der Seeleute bestehenden Versicherungs-anstalten haben für diesen Zweck eine gemeinsame Geschäftsstelle errichtet. Bisher war hienun die Versicherungsanstalt Westpreußen noch nicht theilhaftig. Neuerdings hat auch diese Anstalt ihren Beitritt erklärt, und es laufen nunmehr alle auf die Ver-sicherung der Seeleute bezüglichen Angelegenheiten bis auf diejenigen der weniger bei der Versicherungsanstalt Rhein-proving versicherten Seeleute durch die Hände der mit der Hausseitschen Versicherungsanstalt in Lübeck verbundenen gemein-samen Geschäftsstelle für die Invaldität- und Altersversicherung der Seeleute.

Versammlungen.

Im Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirth Berlin und Umgegend hielt Schank-wirthmeister Th. Mehnert einen interessanten Vortrag über „Gleiches Recht für Alle“. Denselben folgte eine kurze Dis-kussion. Ausgenommen wurden die Kollegen Stowasser, Dieffen-bachtr. 26; D. Wager, Wäntelstr. 50b; A. Semisch, Eisenbahn-straße 55; B. Giesholt, Wopenstr. 40; C. Gutrich, Köbenerstr. 22; G. Klages, Dr. Frankfurterstr. 20. Den Buchdruckern bewilligte man 100 M. Unterstützung. Auf Wunsch des Kollegen Scherz-berg sollten in den neuen Mitgliederlisten diejenigen Räume speziel angeführt werden, welche sich zu Versammlungen re-eignen; man überwieß diese Angelegenheit dem Vorstand zur Er-ledigung. Die Sammelbüchse ergab eine Einnahme von 6 M. 22 Pf.

Die Bildhauer hielten am 19. Februar eine öffentliche Ver-sammlung ab, in welcher Reichstags-Abgeordneter Kollen-buhr unter großem Beifall über „Zweck und Mittel der Ge-werkschaftsbewegung“ sprach und als beste Organisation die zentrale empfahl. Eine Bemerkung des Referenten gab einem „Anabhängigen“ Veranlassung, die sozialdemokratische Fraktion in bekannter Weise zu verdächtigen, es wurde ihm aber von den folgenden Rednern und dem Referenten unter dem Beifall der Versammlung gehörig heimgeleuchtet. Kollege Koswig be-richtete hierauf über das Statut des Gewerbegerichts. Die vor-geschlagenen Änderungsanträge fanden die Zustimmung der Versammlung. Die Frage des Kontrollmarken-Systems wurde von der Tagesordnung abgesetzt und einstimmig folgende Reso-lution angenommen:

„Die heute versammelten Bildhauer erklären zu der Magde-burger Verurtheilung des Genossen Peus, daß sie dieselbe ihrem Gedächtnis einprägen werden, und empfehlen allen politischen Arbeitervereinen, den für fünf Jahre als „ehelos“ Erklärten zu ihrem Ehrenmitglied zu erklären.“

Der Verein der Einseher (Nichter) beschloß in einer außerordentlichen Generalversammlung (s. einstimmig auf Antrag

der Vorstandes, bei den Festlichkeiten des Vereins nur Gesänge vorzuziehen welche dem Arbeiter-Sängerbund angehören, ferner nur Berufsmuster mitwirken zu lassen. Daraus wurde die Neuwahl des Vergütungskomitees vorgenommen. Aus derselben gingen die Kollegen Ferdinand Dirksen und Jakobsen als gewählt hervor.

Die in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter hatten sich am 21. Februar mit Frauen außerordentlich zahlreich versammelt. Der Vorsitzende gedachte zunächst des Falles Peus, worauf die Anwesenden das Andenken der verstorbenen Frau Peus durch Erheben von den Sigen ehrten. Dann unterzog Reichstags-Abgeordneter Schmidt i. Frankfurt den Entour des Volkschul-Besuches unter lebhaftem Beifall einer scharfen Kritik. Eine rege, durchaus im Sinne des Referats sich haltende Diskussion folgte dem Vortrag, worauf nachstehende Resolution einstimmig Annahme fand:

„In Erwägung, daß das Programm der sozialdemokratischen Partei die Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit und die Ab-schaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirch-lichen Zwecken, sowie die Weltlichkeit der Schule fordert, erklärt sich die Versammlung mit aller Entschiedenheit gegen die Ein-führung des Schulgesetz-Entwurfs als Gesetz, da durch dasselbe nur eine durchaus veraltete Bevormundung der Gewissensfreiheit herbeigeführt werden würde.“

Die Versammlung kann das Heil der Volkserziehung nur von gesetzlichen Einrichtungen erwarten, wie sie das Programm der sozialdemokratischen Partei aufstellt.

Die Versammlung erblickt in dem neuen Entwurf nur die Konsequenz der kulturfeindlichen Bestrebungen der herrschenden Klassen. Die Auffassung, daß der Entwurf als Schulgesetz mit seiner streng religiösen und konfessionellen Grundlage als wirk-sames Mittel zur Belämpfung der Sozialdemokratie zu verwenden sei, betrachtet die Versammlung als Beweis dafür, daß man in den herrschenden Kreisen keine Ahnung von den Grundursachen, welche die sozialdemokratische Bewegung hervorgerufen, hat. Die Versammlung spricht den auf Grund des Dreiklassen-Wahlsystems gewählten Abgeordneten das Recht und die Fähigkeit ab, wirk-liche kulturfreundliche Bestrebungen durchzuführen, da diese gegen das eigene Klasseninteresse derselben verstoßen würden.“

Mit Hochrufen auf Schmidt und dem Gesänge der Arbeiter-Marschall schloß die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Ristenmacher be-schäftigte sich am 21. Februar mit der Beschuldigung des Halber-städter Kongresses. Nach langer Debatte wurde beschlossen, den Kongress durch einen Delegirten der Ristenmacher speziel nicht zu be-suchen, jedoch die Einberufung einer kombinierten Versamm-lung der Ristenmacher, Stelmacher und der an Holzbearbeitungs-maschinen thätigen Arbeiter zu veranlassen, welche sich eventuell dahin einigen soll, daß diese Branchen sich gemeinsam auf dem Kongress vertreten lassen. In der Debatte wurde in Bezug auf die Organisationsform fast allgemein der zentralistische Stand-punkt vertreten. Unter „Verschiedenem“ brachte der Delegirte zur Streik-Kontrollkommission, Herr Schröder, die in letzterer an-genommene Boykott-Resolution zur Verlesung und befürwortete dieselbe. Die Herren Torstcher und Merrens erklärten sich gegen das Boykottwesen, wie es bezüglich der Lebensmittel-Industrie angewandt wird, und zwar mit der Motivierung, daß dem Betrug und Schwindel Thür und Thor dadurch geöffnet werde. Nachdem Herr Schröder darauf hingewiesen, daß die Möglichkeit des Betruges mit der fortschreitenden Einbürgerung der Kontrollmarke immer mehr abnehme, und nachdem er die Wichtigkeit dieser Behauptung an einigen Beispielen aus der Guindustrie nachgewiesen hatte, wurde gegen eine Stimme die Resolution auch für die Ristenmacher als bindend anerkannt.

In einer öffentlichen Versammlung für Männer und Frauen sprach am 21. Februar Herr J. Lark über das Thema „Hervorbringung und Vertheilung der Arbeitsprodukte“. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erkannte an, daß die heutige Hervorbringung und Vertheilung der Arbeitsprodukte eine ver-werfliche ist und an deren Stelle die sozialistische gesetzt werden muß. In einer weiteren Resolution verpflichteten sich die An-wesenden, im Interesse der Solidarität aller Arbeiter nur Güte mit Arbeiter-Kontrollmarken zu kaufen. Für diese Resolution sprach Genosse Koppmann, welcher auch die Kontrollmarke der Textilarbeiter, sowie die demnächst zur Ausgabe gelangende Kontrollmarke der Tabalarbeiter und Schneider empfahl und der Hoffnung Raum gab, daß die Arbeiter-Kontrollmarke bald überall, wo sie angewendet werden kann, als Kampfmittel benutzt werden wird. Genosse Jänisch sprach noch für den Austritt aus der Landeskirche. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozial-demokratie schloß die Versammlung.

In einer öffentlichen Versammlung der Lohgerber, Lederzurichter und Berufsgenossen sprach am 21. Februar Herr Müller über den Gang der bisherigen Gewerkschafts-bewegung. Danach bestanden schon im Jahre 1877 17 Zentrali-sationen und 89 Lokalorganisationen, wovon die Mehrzahl mit Inkrafttreten des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 der Auf-lösung verfiel. Hierauf lenkte die Gewerkschaftsbewegung in ein anderes Fahrwasser und 1890 gründete sich der erste Fachverein, der der Tischler in Berlin. Im Jahre 1890 bildete sich die Generalkommission zu Hamburg; dieselbe erließ 1891 den Aufruf zum Gewerkschafts-Kongress, dessen Zweck die Vereinigung der zentralisirten Gewerkschaften zu Unionen ist. Daß diese Unionen in das Hirsch-Dunder'sche Fahrwasser einlenken würden, ist nicht wahrscheinlich, denn die Hirsch-Dunder'schen Vereinigungen zählen insgesamt nur 60,000 Mitglieder, während auf dem Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung über 300,000 Arbeiter mit 3150 Bahistellen organisiert sind. Trotzdem die Generalkommission nur für straffe Zentralisation eintritt und die Lokalorganisation nach dem Fall des Sozialistengesetzes für überflüssig und veraltet erklärte, mußte sie doch, da man mit 12 verschiedenen Vereinigungen in Deutschland zu rechnen hat, welche die Zentralisation verschiedenlich zur Unmöglichkeit machen (s. B. Sachsen), die Lokalorganisation mit dem Vertrauensmänner-System berücksichtigen — ein Zeichen dafür, daß der Kongress auch mit den bisher gänzlich außer Acht gelassenen Lokal-vereinen zu rechnen haben wird. Der Referent, welcher sich im Uebrigen auf neutralen Boden stellte, gab der Lokalorganisation schon in Bezug auf die politische Bewegungsfreiheit den Vorzug, und erklärte weiter, daß der im Programm des Kon-gresses aufgestellte Beitrag von 50 Pf. pro Woche und Mitglied ein viel zu hoher und für viele Gewerkschaften, s. B. die Textil-arbeiter, unerschwinglich sei. Redner empfahl die Beschickung des Kongresses, damit auf denselben auch die Lokalorganisationen Rechnung getragen würde. Reichter Beifall lohnte ihn für seinen ausführlichen Vortrag. In der Diskussion sprachen sich die Herren Kuste, Sähengut, Schwarz und Ebel gegen, Wuffe, Glas, Walter und Walburg für die Beschickung des Kongresses aus. Man beschloß dann auf Antrag Ebel, zu dem Kongress keinen Delegirten zu entsenden, dagegen einen christ-lichen Bericht über Lokal- und Zentralisation bezüglich des Loh-gerber- u. s. w. Gewerbes durch einen Delegirten, welcher eine andere Lokalorganisation vertritt, dem Kongress zu überreichen. Zur Ausarbeitung des Berichtes wurden die Herren Wuffe, Sähengut, Kuste und Ebel gewählt.

Blüthenverein akademisch gebildeter Herren. Sitzung am Mittwo-chen 2. März, Abends 9 Uhr, in der Straße 47. Gäste willkommen.

Verein ehem. Schüler der 99. Gemeinde-Schule. Sitzung am Mitt-woch, den 2. d. M., Abends 9 Uhr, in der Straße 50a, Ostlilienstraße 12. Gäste willkommen.

Hilfsverein des 1. Bataillons. Sitzung am Sonntag, den 6. März, in der Gärten, Wasserlocherstr. 24, verbunden mit Tanz und Vorträgen. Anfang 9 Uhr. Einlasskarten sind am Abend an der Garderobe zu haben. Beginn 10 Pf. Damen 50 Pf.

Converein Berliner Bildhauer. Sitzung, den 1. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Redner, Unterstr. 18, keine Versammlung, dafür gemächliches Besammeln mit Damen bei freiem Zutritt.

Verein Berliner Holzpostage-Buchhändler. Sitzung am Dienstag, den 1. März, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Stralauerstr. 67 (Niegel).

Geistlicher Vergnügungsverein „Aquila“. Sitzung am Mittwoch, den 2. März, Abends 8 Uhr, in Road's Restaurant, Lindenstr. 64. Gäste willkommen.

Courtenklub „Wanderlust“. Jeden Dienstag, Abends von 8 Uhr ab, Sitzung beim Restaurateur Bierack, Schönhauser Allee und Franzosenstr. 64. Gäste willkommen.

Nationaler kaufmännischer Kranken- und Sterbekasse. Dienstag, den 1. März, Abends 8 Uhr, im Restaurant Nordert (früher Way), Beuthstr. 21: Vorstandssitzung.

Leser- und Diskussionsklub. Dienstag, „Proletariat“, (Bankom), bei Nordert, Schulstr. 23. — „Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

„Gefangener“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Scholz, Kottbuserstr. 26. Gäste willkommen.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; für Verweigerung der Abgabe, mit dem Inhalt desselben identifiziert zu werden.

Die unterzeichnete Kommission erlaubt sich den Mitgliedern des zu Gunsten des Zentralverbandes der Buchbinder aufgelösten Fachvereins der Lederarbeiter folgende Schlussabrechnung zur gest. Kenntnissnahme zu unterbreiten:

Einnahme:		Ausgabe:	
Markenbestand v. l. Quartal:	14 195.	Insertate:	22,40 M.
Zeitung Bestand:	13 898.	Porto, Entschädigung:	19,60 „
Mitgliederverkauf 797:	97,70 M.	Streif-Kontrollkommission:	30,00 „
Aufnahmegebühren:	1,80 „	Arbeitsnachweis und Druckfache:	6,50 „
Aus der Bibliothekklasse 6,35			
Summa 86,65 M.		Summa 78,50 M.	
Einnahme:	86,65 M.		
Dazu Bestand v. l. Quartal:	113,57		
		Summa 200,22 M.	
Ausgabe:	78,50 M.		
		Summa 121,72 M.	

Die Richtigkeit obiger Abrechnung bestätigt, haben wir dem Kassirer Entlastung erteilt; das Vereinsvermögen, sowie sämtliche Utensilien sind dem Fachverein der Buchbinder hier selbst überwiesen.

Die Liquidationskommission.
Winte., Kademann, Rühl.

Vermischtes.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Dresden eine 17jährige Dienstmagd zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

126 Millionen Mark soll der Erbprinz Leopold von Hessen-Birkefeld, der sich mit der Tochter des amerikanischen Millionärs Vanderbilt verlobt hat, als Mitgift bekommen.

Bezüglich der jüngsten Kaiserrede hat die „Voss. Ztg.“ oder wahrscheinlich irgend ein dem Blatte nahestehender Professor, welcher den Sachverhalt kannte, entdeckt, daß nicht der englische Admiral Drake, sondern schon 82 Jahre vor dessen Geburt der Spanier Vasco Nunez de Balboa jener Held war, dem ein Indianer von einem hohen Berge aus den Stillen Ozean zeigte. Die „Voss. Ztg.“ fügt dieser Mitteilung die treffsinnige Bemerkung hinzu, der Irrthum des Kaisers zeige, daß auch Könige nicht unsehbar seien. Nun, ein solcher Irrthum kann Jeden passieren, und ihn als Handhabe zu benutzen, um daran erst noch hochpolitisch nachzuweisen, daß „auch Könige“ irren können, das ist ein Akt von so — vorsichtiger deutsch-reisiger Tapferkeit, daß er einen gewissen Friedrich Schiller schwerlich zu dem Flammensortel bezeichnen haben würde: „Männerstolz vor Königsthronen, Brüder, gält es Gut und Blut.“

Eisenbahnunglück. Am Sonntag früh 4 1/2 Uhr stieß der von Heidelberg nach Mannheim fahrende Personenzug bei Friedrichsfeld auf einen Viehwagen. Ein Wagenwärter wurde getödtet. Zwei Wagen sind zertrümmert, vieles Vieh verlegt.

In Fürtz wird das Prädikat „Zungfrau“ bei kirchlichen Verkündigungen in den beiden protestantischen Kirchen seiner Braut mehr beigelegt.

Aus Hagen wird der „Vormer Zeitung“ folgender heitere Vorfall mitgeteilt: Der reichste Bürger unserer Stadt, der Millionär und Großindustrielle Wih. Funke, bekannt durch seine Bismarckschmalmerei, sein Eintreten für Baare und seine Stellung im Bergarbeiterstreik, verläßt unsere Stadt, um der Steuerdeklaration zu entgehen, und begiebt sich nach Lothringen. Nachdem über die Sache viel in der Stadt gesprochen worden, erläßt Funke ein Flugblatt „an Hagens Bürger“, das eine geradezu klassische Illustration giebt für die Denkart des Mannes, der so oft für das „Gemeinwohl“ gewirkt haben will. Herr Funke findet es nicht in der Ordnung, daß ihm gegenüber gesetzliche und politische Bestimmungen in Anwendung gebracht würden, wie gegen jeden andern (!!). Der reiche arme Mann beklagt es dann, daß man ihn bekändig in den Steuern in die Höhe geschraubt habe, woran die „Nichterliche Partei“ Schuld sei. Funke's Geduld ist aber jetzt zu Ende, er will nach Lothringen, um aus dem preussischen Staatsverbande entlassen zu werden. Nun hat sich aber diese Formalität verzögert, und warum? „Nur um mich zu zwingen, mein ganzes Einkommen hier zu deklarieren, was ich als Bewohner eines deutschen Bundesstaates nicht nöthig habe!“ Herr Wilhelm Funke macht dann noch die sehr interessanten Mittheilungen, daß früher in Hagen sehr ungleichmäßige Besteuerungen stattfanden, daß sich bei den jetzigen Deklarationen vier- bis zwölffach höhere Steuerföhe gegen früher herausstellten und daß man bei ihm, wäre die Deklaration vor 1888 gekommen, zu seiner nennenswerthen Erhöhung gelangt wäre, denn nur die Jahre 1889/90 hätten bessere Bilanzen gebracht. Und da diese Jahre in Betracht kommen, verweigert Herr Funke eben die Deklaration und geht nach Lothringen. Dabei behauptet er, daß nicht das Steuergesetz ihn forttreibe — die Familie bleibt hier und er will oft hier besuche-

weise weisen —, sondern die „Majoritäts-Verwaltung der freisinnigen Partei in hiesiger Kommune“. Die ganze Sache macht ungeheures Aufsehen und dürfte noch zu allerlei Erörterungen, auch im Stadtrath, Veranlassung geben.

In Paulinenau bei Neureuppin ermordete am Sonntag Vormittag eine wahnsinnige Frau ihre einzige fünfzehnjährige Tochter dadurch, daß sie ihr den Hals durchschnitt.

Erbauliche Zustände herrschen im Volksschulwesen der Gemeinde Remeltingen. Nach der „Gaargemünder Ztg.“ müssen die Kinder der dortigen Mädchenschule seit zwei Monaten Stroh und Holz zum Feueranmachen von daheim mitbringen. Jetzt sind die Kohlen ausgegangen, so daß der Unterricht eingestellt werden mußte.

In Chemnitz haben die städtischen Kollegien die Kasernierung der Prostitution beschlossen, nachdem die Kerle sich dafür ausgesprochen haben sollen.

Wegen zahlreicher Unterschlagungen im Amte wurde der vormalige Bürgermeister Preiß des Städtchens Grünhain in Sachsen zu 4 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust verurtheilt.

Die Stahlwerke von Bitterton in Nordamerika sind niedergebrannt. Der Schaden beträgt etwa 8 Millionen.

Bei den Capverdischen Inseln kenterten daselbst bei einem Sturm eine Anzahl von Fischerbooten; die Zahl der ertrunkenen Fischer soll sehr betröchtlich sein.

Schiffszusammenstoß. Am Mittwoch Abend hat ein Zusammenstoß zwischen dem Dampfer „Forest Queen“ und „Loughborough“ in der Nähe von Lamborough Head (England) stattgefunden. Die „Forest Queen“ sank nach drei Minuten, mit allen Mann an Bord. Von vierzehn Personen wurde nur der Kapitän gerettet.

Literarisches.

„Die Zeitschwingen“, Monatschrift für Volksbildung, Auffklärung und Unterhaltung. Soeben erschien das 2. Heft, 8. Jahrgang. Inhalt: Literatur und Volk, von Franz Rzehák, II. — Ludwig Börne. Eine literaturhistorische Skizze von Manfred Wittich (Schluß). — Die Geschichte eines Kartells von Dr. Jinner. (Schluß). — Weiling und der Kommunismus. Von A. Behr, II. — Die körperliche und geistige Erziehung unserer Jugend. Von J. C. Weglan, II. Das Alter der Neugeborenen. — Feuilleton: Lied der neuen Zeit. Gedicht von Hugo Grothe. — Das Patent. Novelle von H. Otto Walther. (Fortsetzung). III. Arbeitgeber und Arbeitnehmer. — Mammons Einfluß. Soziale Studie von Edmund Schröpel. (Fortsetzung). — Gedanken-Peilen. — Neues aus dem Gebiete der Wissenschaft: Je ärmer, je früher ins Grab. — Der Fleischkonsum. — Deutschland marschirt an der Spitze. — Ueber die Licht- und Wärme-Wirkung der Sonne. — Literatur. Verlag von J. Veraneck, Reichenberg, Böhmen, Friedländerstr. 11. Preis pro Heft 20 Kreuzer = 40 Pf. Probe-Hefte stehen zur Verfügung.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Danzig, 29. Februar. Heute zogen hier mehrere Arbeitertrupps zum Oberbürgermeister, um von der Stadt Beschäftigung zu verlangen. Infolge dessen sollen sich erste 10 000 M. zur Erweiterung der Riefelfelder ausgeworfen werden. Die Haltung der Arbeiter ist ruhig.

Wien, 29. Februar. Der Bürgermeister von Wien erläßt einen Aufruf zur Sammlung für die Arbeitslosen.

Rom, 29. Februar. Die italienische Regierung hat dem eidgenössischen Gesandten Savier noch einen letzten Vorschlag hinsichtlich des Baumwollzolls gemacht. Man hofft, daß die Schweiz denselben annehmen wird. Italien wird jedenfalls kein weiteres Zugeständniß machen. Die Entscheidung soll heute oder morgen erfolgen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Deffau, 29. Februar. Der Landtag ist heute eröffnet worden. In der Eröffnungsrede wird darauf hingewiesen, daß die Finanzen des Herzogthums, obwohl in den Ueberweisungen von dem Reich eine Verminderung um 70 000 M. eingetreten ist, sich gleichwohl verbessert haben, so daß der Betrag von 567 684 M. an die Staatsschulden-Kasse abgeführt wurde.

Washington, 29. Februar. In dem Bericht der Majorität der Finanzkommission des Repräsentantenhauses über die freie Wollenzinsfuhr heißt es, ein höchst wichtiger Grund für Aufrechterhaltung der überaus hohen Zollföhe des Mac Kinley-Tariffs auf Wollaren, welche zur Gesundheit und zum Wohlsein der Bevölkerung der Vereinigten Staaten erforderlich wären, liege nicht vor; die sehr starken Schutzölle auf Wollen nöthigten die Fabrikanten, sich billigerer Stoffe als Wollen zu bedienen; es seien daher weit eher die Schoddyfabrikanten der Vereinigten Staaten als die Wollproduzenten Australiens und Süd-Amerikas, die den einheimischen Wollproduzenten Konkurrenz machten.

Briefkasten der Redaktion.

Alabamafrage. 8 229 168 Pfund Sterling.
G. Rudwer. Hat die Vereinigung der Rutscher eine Versammlung, und wann und wo? Das Manuscript giebt darüber keinen Aufschluß.

Plakate für die Anschlagssäulen

unter denselben Bedingungen wie bei Mauk & Hartmann, sowie sämtliche Buchdruckerarbeiten liefert die Buchdruckerei von Maurer & Dimmick, 20355L] Elisabeth-Ufer 55.

Musikinstrumente.

Lager in Sithern, Violinen, Gitarren, Harmonikas. Alle Glasinstrumente, Trommeln, Flöten und Klarinetten, Spielföfen zum Drehen und selbstspielend, Albums und Bierseidel mit Musik. Musikverle-Vertrieb, alle mit Arbeiterliedern. Theilzahlung gestattet. 1998L

Aug. Kessler, 51 Laufigerstr. 51, am Platz.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) 1,50 Mk. Kleine Reparaturen entsprechend billiger. Uhren, Gold- u. Silberwaaren.

C. Wunsch, u. d. Oranienplatz. Maurer kaufen Zement, Walzen von Messing, Walzenlänge 20 1/2 cm, Stärke 6 1/2 cm, Stück zu 28 M., Walzenlänge 12 cm, Stärke 6 1/2 cm, Stück zu 17,50 M., Flugeneisen Stück 1,25 M., bißigt bei R. Koch, Urbanstr. 175. 16960

Kanariendöhne, Reißig singend 4,50 M. Auch Weibchen. Hänflinge 75 Pf. alle Art. billig. Langmaße, Rannichen, zahme gelbe Hatten ohne Schwänze u. f. w. M. Niedmann, Berlin O., 16955 Stralauerplatz 21.

Kleine Buchbinderei mit guter Kundschaft sof. wegen Verzug nach Auerhalb zu verkaufen. Offerten nimmt die Exp. d. Bl. unter S. J. entgegen. 1692b

Gast-, Wadenschuh u. Stiefel in größter Auswahl verleiht billig 1477b] J. Pieper, Anklamstr. 22.

Kinder-Garderobe

für Knaben und Mädchen vom zartesten Alter bis zum 18. Jahre vom Einfachsten bis zum Elegantesten empfehle ich zu sehr bill. aber festen Preisen 1995L

Moritz Meyerstein, 45. Rosenthalerstr. 45, neben der rothen Apotheke.

Kinderwagen.

Gedöhtes Lager Berlins. Künstliche Zähne 2 Mark. Plomben von 1,50 M. an. Schmerzloses Zahnziehen 1 M. Sprechstunden 8-7 Uhr. Zahnarzt Robert Wolf, Chausseestr. 123 am Oranienb. Thor.

Wasserwaagen f. Maurer, Töpfer, Monteur, Töpferwinkel, Stichmaße. Reparaturen einzelner Gläser u. D. G. u. K. u. e., Lotbringerstr. 46.

Ein Altes Grünkrampfgeschäft mit Rolle billig z. verk. Stromstr. 36. 1698b

Damen-Masken-Garderobe

von M. Roussel, Falkenstr. 43, pt. Saal zu Festlichkeiten, Sonntags 10-12 Uhr. Biene, Alte Jakobstr. 63. 1689b

Empfehle Freunden und Genossen mein reichhaltig sortirtes Lager in

Zigarren, Zigaretten u. Tabaken

Bitte, bei Bedarf mich gütigst zu unterstützen. 1623L

Fritz Berndt, hausstr. 51

Grosse Betten 12 Mk. (Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei Gustav Lustig, Berlin, Prinzenstr. 43. Preisliste gratis und franko. Viele Anerkennungs-schreiben. 2053L

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters a. D., Alte Jakobstr. 130. Bewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntag.

Betten, ein schöner Stand, neu, 22 M., sofort zu verkaufen. 1892b Brigerstr. 10, vorn part.

Frdl. Schlafstelle f. Herren, sep. Eing. Hollmannstr. 36, D. l. 2 Tr. Nickel.

Empfehle den Vereinen und Genossen meine Saaldekoration mit Fahnen, Bannern und großer Laffalle-Gäste zu jeder Festlichkeit. Otto Wendt, Friedenstr. 78, part. 1998Z

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

2 billige Vorderwohnungen mit Wasserleitung und Kloset, 2 und 1 Stube und Zubehö, Rixdorf, Prinz Handjerystr. 50. 1665b

Rixdorf, Berlinerstr. 69, billige Wohnungen, Stube, Küche, Korridor 180-220 M., 2 Stuben, Küche, Korr., Wollon 310-400 M., desgl. Schmiede und Stellmacherei. 1490b

Billige freundliche Wohnungen von Stube und Küche Warschauerstr. 5 (Haltestelle der Stadtbahn) zu vermieten. 1686b

Prachtvolle Wohnung, 50,35,60 Tflr., Gennigsdorferstr. 24 b. Verwalter. 1686b

Arbeitsmarkt.

Einen Galvanoplastiker verlangt sofort die Glasfabrik von G. Paul, Stahlschreiberstr. 45. 1681b

Farbigenmacher v. Rühl, Waldemarstr. 15. Ein Lehrl. verl. R. Nürnbergger, Vergolder, Prinzenstr. 22. 1486M

Tapeziererlehrling verlangt Lüchowstr. 12. 1629b